

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 3. November 1929

10. Jahrgang Nummer 258

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Streifenband 3,00 M. Rücklagenpreis: Die dreigespalterte Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Restabdruckpreis: Die dreigespalterte Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Krasnoper Straße 60, Telefon 550 80. **Vor-Expedition:** Breslau 514, Hebbalions, Breslau, Krasnoper Straße 20, Telefon 239 02. **Expedition der Redaktion:** von 12-13, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** **Wieslau:** Wilhelmstraße 26, Telefon 4083; **Wroclaw:** Suny 6, Telefon 2384. **Geschäftszeit:** von 8-19 Uhr. **Verständnis:** am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** S. L. Verlagsgesellschaft m. B., Breslau. — **Druck:** „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Krasnoper Str. 50.

Holt aus zum Gegenschlag!

Auch die Ruhrgruben werden stillgelegt — Arbeitsämter im Bunde mit den Unternehmern — Riesengewinne der Eisentönige bestätigt

Essen, 2. November. (Fig. Droht.) Am Donnerstagmorgen ist im Gesamtgebiet der Gruppe Nordwest die Kündigungaktion allgemein durchgeführt worden, ohne daß es zu Störungen oder Zwischenfällen kam. Im Bergbau wollen die Unternehmer zunächst versuchen, mit Fehlschichten durchzukommen, die von der nächsten Woche ab in größerem Umfang eingelegt werden sollen. Im Laufe der Zeit sollen dann ganze Schichtanlagen stillgelegt werden, und zwar hauptsächlich solche, deren Förderung in der Hauptsache zur Kohlerzeugung verwandt wird.

Keine Arbeitslosenunterstützung!

Vom Arbeitsamt Essen wird mitgeteilt: Ausgesperrte können nach den gesetzlichen Bestimmungen während der Aussperrung Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung nicht erhalten. Die auf den Betrieb der Eisen- und Stahlindustrie ausgesperrten Arbeiter brauchen sich daher nicht beim Arbeitsamt zu melden.

Diese Maßnahme ist ein offener Betrug an den Arbeitern, denen doch jede Woche die Beiträge abgezogen wurden. Damit stellt sich das Arbeitsamt offen auf die Seite des Unternehmertums.

Millionenprofite bei Alödner

Ein Beispiel für die Riesengewinne der Eisenindustriellen

Am 30. Oktober fand in Köln eine Sitzung des Aufsichtsrats der Alödner-Werke statt. Sie genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1927/28. Der Betriebsüberschuß beträgt 34,162 Millionen Mark, gegen 33,517 Millionen im Vorjahre. Von diesem Betriebsüberschuß sind die allgemeinen Unkosten und Zinsen bereits abgezogen. Der Reingewinn beläuft sich auf 6,457 Millionen. Die Abschreibungen sind von 8,019 Millionen Mark im Vorjahre auf 8,345 Millionen Mark gestiegen. Es wird die Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent vorgeschlagen. Der tatsächliche Reingewinn ist aber bedeutend höher. Der Abschluß stellt ein Musterbeispiel der Bilanzverschönerung dar.

Die Veröffentlichung der Millionenprofite kommt gerade zur rechten Zeit und kennzeichnet treffend, wie heuchlerisch und verlogen das Geschrei der Unternehmerpresse von der Untragbarkeit der Lohnerhöhungen ist. Alödner ist einer der ersten Schlotbarone im Ruhrgebiet, der auf den verbindlich erklärten Schiedspruch gepfiffen und die Arbeiter bereits eine Stunde nach der Verbindlichkeitsklärung aufs Straßenpflaster gesetzt hat.

Wissell redet den Unternehmern zu

Die Eisenindustriellen in der Nordwestgruppe versuchen jetzt mit allen juristischen Epithetendünkelungen gegen die Rechtsverbindlichkeit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs anzukämpfen. Zu diesem Zweck wollen die Schwerindustriellen eine Feststellungsklage beim Reichsarbeitsgericht auf Ungültigkeitserklärung des Schiedspruchs einbringen, da er gegen die Bestimmungen der Schlichtungsordnung vom 10. Oktober 1923 mehrfach verstohe.

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell, der bisher in jeder Beziehung den Unternehmerstandpunkt bedeckte und den Schiedschiebspruch unter dem Hinweis auf die mißliche Lage der Eisenindustrie in der Nordwestgruppe für verbindlich erklärte, sieht sich nun im Gegensatz dazu gegenüber den Unternehmern u. a. zu folgenden Feststellungen gezwungen:

„Das Reichsarbeitsministerium erklärt, daß die Wirtschaftslage der Industrie bei der Verbindlichkeitsklärung auf das genaueste beobachtet worden ist, und daß das Reichsarbeitsministerium darüber in ständigem Kontakt mit dem Reichswirtschaftsministerium gestanden hat. Wenn auch augenblicklich der Geschäftsgang etwas ungünstiger sei, so bedeutet das nur eine Annäherung der noch nicht dagewesenen (!) Massenkonjunktur der letzten Jahre an normale Verhältnisse. Von einer Krise kann jedoch noch längst nicht die Rede sein. (!)“

Infolge des großen Erzstreiks in Schottland hätte die Eisenindustrie Rohstoffe aus Indien und Kanada beziehen müssen. Der schottische Streik ist aber vorbei (durch einen Schiedschiebspruch beendet). Das schottische Erz wird wieder zum alten Preis geliefert, und wenn auch längere Abschlüsse auf indische und kanadische Erze abgeschlossen werden mußten, so tritt doch die Erleichterung alsbald wieder ein.

Der Schiedsbruch läuft beinahe eineinhalb Jahre, wodurch die Möglichkeit der festen Kalkulation gegeben ist. Dazu kommt die Rationalisierung, besonders in den Martinwerken, deren Früchte jetzt bei den Unternehmern zu reifen beginnen.

Die Löhne in der Eisenindustrie des Ruhrgebietes sind erheblich niedriger als in den anderen Gebieten. Bei dem Übergang vom Zwei- zum Dreischichtensystem im Januar 1927 ist nur eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig erfolgt, in den anderen Gebieten dagegen bis zu 7 Pfennigen... Bei diesem niedrigen Lohnniveau mußte

eine Lohnerhöhung als unumgänglich anerkannt werden. Sie beträgt nur zwischen 3 und 4 Prozent.“

Der Reichsarbeitsminister Wissell bestätigt also, daß die Eisenindustriellen in Nordwest eine noch nicht dagewesene Massenkonjunktur hatten, daß für sie der billige Bezug schlesischer Erze wieder vorhanden ist, daß die überlange Laufdauer von eineinhalb Jahren und dazu die Rationalisierung ihnen auf Kosten der Arbeiterschaft die besten Kalkulationsmöglichkeiten lasse, und er bestätigt weiterhin die überaus niedrigen Löhne der Metallarbeiter in der Nordwestgruppe. Vor Lische hörte man etwas wesentlich anderes gegenüber den jetzigen Feststellungen Wissells, die damals von Seiten der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunisten vorgebracht wurden. Dieses jetzige Eingeständnis Wissells, der damit beweist, daß die Eisenindustriellen in Nordwest nicht nur die 6 Pfennig des gefällten Schiedspruchs tragen können, muß für die Metallarbeiter ein Ansporn sein, jetzt erst recht den Kampf für ihre alte 15-Pfennig-Forderung aufzunehmen.

Gegenoffensive der Arbeiterklasse

Die Unternehmer der rheinisch-westfälischen Metallindustrie haben über 200 000 Arbeiter ausgesperrt, obwohl ein verbindlich erklärter Schiedspruch vorlag. Die Begründung der Aussperrung zeigt, daß sich der Schlag der Hüttenbarone gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet. Der „Deutsche Handelsdienst“ gibt den Standpunkt der Unternehmer mit folgenden Worten wieder:

„Der prinzipielle Standpunkt der Industrie beruht darauf, daß angesichts der fortschreitenden Schmälerung des Ertrags und angesichts der sinkenden Konjunktur eine generelle Lohnerhöhung als unmöglich angesehen wird. Die Industrie hat den schweren Entschluß zur Stilllegung gefaßt, um endlich einmal mit dem

System, daß bei Ablauf eines Tarifvertrages immer wieder neue Forderungen gestellt werden, ... gebrochen wird. Die Industrie sieht in diesem System einen Rest aus der Inflationszeit, der, wenn nicht endlich damit Schluss gemacht wird, unzweifelhaft zu neuen Inflationserscheinungen führen muß.“

Klar und deutlich sprechen es die Unternehmer aus, daß sie den Hüttenarbeitern eine vernichtende Niederlage zufügen wollen, um in Zukunft jeder Arbeiterschaft jede Lohnerhöhung zu verweigern. Das bedeutet, daß der durch den schamlosen Preiswucher der Unternehmer gefeierte Reallohn nicht erhöht, sondern nur immer tiefer hinabgebrückt werden soll. Die Arbeiter haben ja bisher infolge der reformistischen Niederlagenstrategie nicht einmal die Wirkungen der fortschreitenden Teuerung ausgleichen können. Es ist eine freche Lüge, wenn behauptet wird, der Vorkriegsreallohn sei überschritten. Jetzt soll die Senkung des Lohnniveaus noch rückwärtslos als bisher erfolgen.

Diesen ungeheuren Schlag des Unternehmertums mit einer wichtigen Gegenoffensive zu beantworten, liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Wenn die Hüttenbarone heute zu einer solchen provokatorischen Aussperrung schreiten, so ist das die Schuld der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die überall und immer die Forderungen der Arbeiter preisgegeben haben und durch ihre wirtschaftsfeindliche Praxis, durch ihre „Wirtschaftsdemokratie“ der Arbeiterschaft keine Niederlage nach der anderen bereiten.

Ermutigt wurde das Unternehmertum außerdem durch die verbrecherische Koalitionsopposition der SPD, die unaufhörlich den Schwindel von der „guten Lage“ der Arbeiterschaft wiederholte, die Panzerkreuzer bewilligte, und die den Hamburger Hafenarbeiterstreik mit faschistischen Methoden niederzuschlug. Die Unternehmer können sich heute bei ihrer brutalen Lohnabbauoffensive auf den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell berufen, der erst in diesen Tagen behauptete, daß der Reallohn der Vorkriegszeit überschritten sei, und daß der Anteil des Arbeiters am Ertrag nur steigen (Weitere Meldungen siehe Seite 2)

Ein übles Betrugsmanöver der SPD.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt Einstellung des Panzerkreuzerbaues, weil sie weiß, daß dieser Antrag durchfällt

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat, wie die SPD-Presse in Schlesien und Oberschlesien stolz verkündet, die Einbringung eines Antrages im Reichstag beschloßen, der folgenden Wortlaut hat: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“

Die „Weser-Zeitung“, die die Interessen des Panzerkreuzer bauenden Werkkapitals vertritt, meint zu diesem sozialdemokratischen Antrag:

„In Wirklichkeit wissen die Sozialdemokraten genau, daß der

Antrag weder die Stimmen des Zentrums noch die der Demokraten finden und insofgedessen keine Mehrheit erlangen würde.“

Die Presse der Koalitionspartner äußerte sich wie folgt:

Die „Germania“ bezeichnet den Erfolg des Antrages als durchaus unsicher. Man könnte sich vorstellen, daß es der Sozialdemokratie in erster Linie darauf ankommt, den Antrag überhaupt eingebracht zu haben. (!)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einem Weg der Agitation um jeden Preis. Das Blatt hält es für selbstverständlich, daß das Panzerschiff weitergebaut werden wird. Die im Etat des Reichswehrministeriums enthaltene Summe für die zweite Baurate werde aber auch ohne die Sozialdemokratie bewilligt werden. Schließlich spricht die Zeitung von schwerster Gefährdung der Koalitionsverhandlungen durch den Antrag.

Damit ist das Theater der Sozialdemokraten deutlich genug gekennzeichnet. Die sozialdemokratische Presse kennzeichnete vor einiger Zeit aber sogar selbst die Grenze, bis zu der ihr Theaterpiel ausgedehnt werden soll. Es hieß da:

„Wird unser Antrag abgelehnt, so tut sich natürlich für uns die Frage auf, ob wir trotzdem in der Regierung bleiben können? (Hervorgehoben und fett gedruckt: „Trotzdem in der Regierung bleiben“) mit der Verstärkung: d. h., ob wir, weil wir in einer Einzelfrage in die Minderheit gedrängt sind, deshalb auf die Ausnützung der Möglichkeiten als Mitglieder der Regierung Vorteile für die Arbeiterklasse herauszuholen, verzichten sollen.“

Eine Regierungskrise soll es also unter keinen Umständen geben. Nach dem Theaterpiel, mit welchem die Massen (auch die sozialdemokratischen Arbeiter) beruhigt werden sollen, wird die SPD wieder tüchtig mitmachen und Hermann Müller wird den Panzerkreuzer A kaufen.

So erweist sich der Antrag der SPD zur Einstellung des Panzerkreuzerbaues als vollendete Demagogie, als ein übles Betrugsmanöver an den Arbeitern. Diese müssen auch diesen neuen Antrag der Sozialdemokraten durchschauen und unter Führung der kommunistischen Partei den konsequenten Kampf gegen den Panzerkreuzerbau, der ja mit A noch nicht beendet sein soll, fortführen.

Vom Tage

Die Zentrumsfraktion hat beschloßen, die Abstimmung im Reichstag über den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzers freizugeben. (Siehe den Artikel: Ein neuer sozialdemokratischer Betrug.)

Auf Antrag des Reichswehrministeriums ist gegen den berechtigten Putschisten Major Buchrucker die Einleitung eines Verfalls wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung eingeleitet worden. Selbstverständlich wird bei der bekannten Einstellung der deutschen Klassenjustiz dem ehrenwerten Buchrucker kein Haar gekrümmt werden.

Das englische Luftfahrtministerium hat in einem Rundschreiben die größeren Städte aufgefordert, sofort die Anlage von Flugplätzen zu veranlassen.

Der Reichstag ist endgültig auf den 13. November einberufen worden.

Wie der Bericht der Breslauer Industrie- und Handelskammer feststellt, ist die Bautätigkeit im Oktober stark abgeflaut, weil die Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken zurzeit stockt.

In Paris sind drei italienische Spione verhaftet worden.

darf, wenn dieser Vertrag selbst feige. Im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik haben die reformistischen Gewerkschaftsführer bei allen Unternehmerrapportationen der letzten Monate eine wirksame Gegenwehr der Arbeiterschaft verhindert und dadurch den Uebermut der Kapitalisten noch gesteigert.

Und jetzt, nachdem die Hüttenbarone 200 000 Arbeiter auf Straßenplätzen geworfen haben, um sie durch den Hunger niederzujagen, jetzt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ihre verabschiedete Praxis fort. Der Vorstand des DMB. gibt in einem Aufruf bekannt, daß der Kampf nicht etwa um die ursprüngliche Forderung von 15 Pfennig Stundenlohnzulage geführt werden soll, sondern nur die lumpigen Zuschläge, die der Schiedspruch vorschreibt. Also, nachdem die Unternehmer selbst den verbindlich erklärten Schiedspruch zerrissen und so gezeigt haben, daß die Schlichtungsordnung nur ein Knebelungsgeheiß gegen die Arbeiter ist, sollen die Arbeiter hungern und kämpfen, nur um dem schändlichen Schiedspruch Geltung zu verschaffen, der für wenige Arbeiter 8 Pfennig, für einen größeren Teil 5 Pfennig und für den Rest überhaupt keine Lohnzulage vorschreibt. Die Arbeiter sollen „dem Gesetz Geltung“ verschaffen, das heißt dem gründlich diskreditierten Schlichtungswesen, dem Knebelungsgeheiß der Schlichtungsordnung das Leben verlängern.

Eine solche Zumutung dürfen sich die Metallarbeiter nicht gefallen lassen, der Kampf muß jetzt für sie mindestens um 15 Pfennig Lohnzulage pro Stunde gehen. Oder soll etwa dem Unternehmertum auch noch die Garantie geschaffen werden, daß es bei Aussperrungen überhaupt nichts riskiert? Außerdem muß jetzt die alte Rechnung in der Arbeitszeitfrage ausgetragen und der Achtstundentag für die Hüttenarbeiter endlich errungen werden. Die sozialdemokratischen DMB-Führer nehmen im Kampfgebiet zu den Unorganisierten dieselbe schädliche Haltung ein wie bisher. Es werden wohl sogenannte Kampfleitungen gebildet, aber von diesen Kampfleitungen werden Vertreter der Unorganisierten mit Eifer ausgeschlossen. Wie soll der Kampf gewonnen werden, wie sollen die Unorganisierten für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, wenn man sie derartig behandelt? Es ist also Sache der gewerkschaftlichen Opposition, sich um die Unorganisierten zu kümmern und sie insandzusehen, bis zum Sieg mitzukämpfen.

Dieselbe betrübliche Haltung nehmen die Reformisten in der Unterstützungsfrage ein. Nicht genug damit, daß sie jede Unterstützung der Unorganisierten verweigern, tun sie nicht das geringste, um wenigstens die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zu erzwingen. Wohl erkennt der „Vorwärts“ diesmal an, daß die Ausgesperrten ein Recht auf die Erwerbslosenunterstützung haben, ebenso müssen es die DMB-Führer anerkennen. Aber es liegt allein in der Hand des Reichsarbeitsministers Wiffell, ob die Erwerbslosenunterstützung sofort ausbezahlt wird. In dieser Frage kann die gesamte deutsche Arbeiterschaft sofort unmittelbar den Ausgesperrten beistehen, indem sie durch den Massenruck die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erzwingen wird.

Die gewerkschaftliche Opposition und die kommunistische Partei werden außerdem alles einsetzen, um überall im Aussperrungsgebiet kommunale Unterstützung aller Ausgesperrten zu erzwingen.

Durch die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft muß auch verhindert werden, daß in anderen Metallbetrieben im Reich irgendwelche Streikarbeit hergestellt wird. Das ist nur eine Selbstverständlichkeit der proletarischen Solidarität.

Bei der ungeheuren Bedeutung des Kampfes in der Hüttenindustrie müssen von der Arbeiterschaft darüber hinaus viel stärkere Mittel angewandt werden. Auf diesen Angriff des Kapitals muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit einem Gegenanschlag antworten. Die gewalttätige Auseinandersetzung, provoziert durch den Angriff der Hüttenbarone ist ein Kampf Klasse gegen Klasse!

Diesemigen, die jetzt die Hüttenarbeiter aussperrten, sind die Magnaten der Kriegindustrie, die zum imperialistischen Krieg treiben. Sie müssen durch die geeinigte Arbeiterklasse niedergeschlagen werden.

Durch eine wirkliche Zusammenschließung der Klassenbewußten Arbeiterschaft, durch einen solchen politischen Selbstschutz muß die Unternehmerrasserie gebrochen werden.

Im ganzen Kampfgebiet müssen überall revolutionäre Streikleitungen gewählt werden, ebenso muß eine zentrale Kampfleitung geschaffen werden.

Arbeiter, nehmt in allen Betrieben zu dem gewaltigen Kampf Stellung. Organisiert den Gegenanschlag! Organisiert wichtige Spontankomitees und präsentiert dabei dem Unternehmertum eure eigenen Forderungen!

Der von den sozialdemokratischen Vertretern propagierte Appell an den kapitalistischen Staat, der Appell an die bürgerlichen Gerichte ist nur ein betrügerischer Mandor, um euch vom Kampf abzulenkten. Wie in jedem Kampf zwischen Kapital und Arbeit entscheidet die Macht, der rücksichtslose, entschlossene Kampf!

Darum hinweg über die sozialdemokratischen Vorkäse des Kapitals, hinweg über die Betrüge, die durch das Schlichtungswesen auch die Streikfreiheit raubten!

Dem niederträchtigen schändlichen Schlichtungswesen muß ein vernichtender Schlag versetzt werden.

Kampf diesem ganzen Ausbeuterstypem!

Weg mit dieser Regierung, nieder mit der Koalitionspolitik!

Nur eine Arbeiterregierung kann die Hüttenindustriellen und die gesamte kapitalistische Ausbeuterklasse endgültig niederschlagen! Nur eine Arbeiterregierung kann den Sozialismus verwirklichen.

Heraus zur Gegenoffensive! Arbeiterklasse!

Aufruf der SPD. im Ruhrgebiet

Essen, 2. November. (Sig. Draht.) Die Leitung der kommunistischen Partei im Ruhrgebiet veröffentlicht einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft des Industriegebietes mit folgenden Worten: **Wahl revolutionärer Kampfleitungen in allen Betrieben, ihre kritische und bestmögliche Zusammensetzung zu einer zentralen Führung, die aus Betriebsräten und Betriebsarbeitern hervorgeht, mit der Aufgabe der Befreiung jeglichen Streikbruchs, Einstellung aller Notstandsarbeiten, reifliche Einbeziehung der Jugendlichen und Zehrer in den Kampf, Streikposten stellen, Verbindung zwischen Organisierten und Unorganisierten, Verbindung mit den Nachbarbetrieben, Forderung an die Kommunen, die Kampfen materiell zu unterstützen, Appell an die Verantwortlichen des Industriegebietes zu einer Solidaritätsaktion und ein Appell an die Bergarbeiter, die Transportarbeiter und die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, sich vorzubereiten, um mit den vom Truppkapital unmittelbar bedrohten Metallarbeitern ein Kampfbündnis zu schließen.**

Englische Vorschläge zur Reparation

Die Bankiers sollen bestimmen.

London, 1. November. Die zwischen den verschiedenen alliierten Hauptstädten im Gange befindlichen Verhandlungen über die Einsetzung eines Reparations-Sachverständigenausschusses erstrecken sich dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge auf fünf Fragen:

1. daß der geplante neue Ausschuss seine Arbeiten nicht später als Ende dieses oder Anfang nächsten Monats beginnen soll;
2. die Verhandlungen des Ausschusses sollen frei und der Ausschuss an keinen bestimmten Ort für seine Arbeiten gebunden sein;
3. entweder die Alliierten oder die deutsche Regierung oder der Ausschuss selbst sollen amerikanische Sachverständige zur Teilnahme an den Arbeiten unter Zustimmung der amerikanischen Regierung auf fordern;
4. jede in dem Ausschuss vertretene Macht soll aber nicht mehr als drei Delegierte ernennen;
5. die Delegierten sollen nicht Kabinettsminister, sondern unabhängige Bankiers oder Wirtschaftler sein.

Täglich Uebertritte zur SPD.

Auch die Arbeiterschaft auf dem flachen Lande kehrt der SPD. immer mehr den Rücken. Der Bezirksleitung München der SPD. liegt wiederum eine Reihe von Beitrittsklärungen sozialdemokratischer Arbeiter vor, darunter auch eine Erklärung aus dem kleinen Bauerndorf Inzell in Oberbayern, die folgenden Wortlaut hat:

„Unterszeichnete Mitglieder der SPD., Ortsgruppe Inzell, erklären aus nachstehenden Gründen ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Die Haltung der SPD. in grundsätzlichen, sehr wichtigen Fragen der werktätigen Bevölkerung zeigt schon lange den Kurs auf, den diese Partei in fast allen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten nimmt und bei ihrer Einstellung zu

den Parteien nehmen muß. So u. a. die immer wiederkehrende Abspaltung von den bürgerlichen Parteien, welche die Frage der Wirtschaftsdemokratie mit ihren Begleiterscheinungen (Schlichtungsgewinn, Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital).

Dem Hof den Boden ausgeschlagen hat aber die Bewilligung des von der SPD. im Wahlkampf bekämpften Bau des Panzerkreuzers A. Man sieht hier genau, um was es den SPD. Ministern zu tun ist: Erhaltung ihrer feinen Sessel und Gehälter.

Darum Schluß mit solcher Politik. Aus der SPD. und hinein in die einzige, die schaffende Bevölkerung vertretende Partei, in die Partei, welche die Lehren von Marx, Engels, Bebel und Lenin in die Tat umsetzt, in die kommunistische Partei.

Engelbert Duster. Alois Gangebecker. Kaspar Häusler.

Die kommunistische Partei marschiert

Von 38 Ortsgruppen im Bezirk Halle-Merseburg sind im Oktober

957 neue Leser des „Klassenkampfes“,
435 neue Parteimitglieder

gewonnen worden. Außerdem wurden drei neue Ortsgruppen gegründet. Dieser Erfolg hat die Bezirksleitung veranlaßt, die Werbekampagne um weitere vier Wochen zu verlängern, damit die bisher noch säumigen Ortsgruppen dazu beitragen, das gesteckte Ziel von insgesamt 2000 neuen „Klassenkampf“-Lesern und 1000 neuen Parteimitgliedern zu erreichen.

Aus der Partei

Für die Beschlüsse des Zentrals zu der Hamburger Angelegenheit

In einem Informationsabend der SPD. Stettin nahmen die Genossen Stellung zu den nächsten Aufgaben der Partei und zur innerparteilichen Lage. Mit überwältigender Mehrheit wurde beschlossen, nicht einmal eine Diskussion über den für die Stettiner Genossen genugsam geklärten Hamburger Fall zu führen. Eine Resolution der Bezirksleitung Pommern im Sinne der Beschlüsse der Komintern wurde mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen und die Abstimmung mit Beifall beendet.

Am Dienstag, dem 30. Oktober, nahmen die Groß-Berliner Parteiarbeiter auf einer Konferenz Stellung zu den Lehren des Volksbegehrens. Nach einem Referat des Genossen Pfeil, und nachdem auch Genosse Thälmann in der Diskussion unter klärendem Beifall der Parteiarbeiter gesprochen hatte, wurde eine Resolution in der Frage der Antikriegskampagne mit allen gegen 86 Stimmen der Rechten und Versöhner angenommen. Rund 800 Parteiarbeiter waren anwesend. Ein Antrag Reuland, der das J.R. der SPD. als ein diskriminierendes Maßnahme gegen den Disziplinbruch Brandler erachtete, wurde mit allen gegen 68 Stimmen angenommen, wodurch ein einfacher Mißbilligungsantrag der Versöhner erledigt war. Die Mehrzahl der Versöhner stimmte mit den Rechten gegen den Reuländer Antrag.

Kleine Nachrichten

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind dort 45 neue Verhaftungen erfolgt, weil die Regierung befürchtet, daß die Kommunisten die aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der polnischen Republik geplanten Feiern künden könnten.

Ein Schleppdampfer im Kanal gesunken. — London, 2. November. Der Schleppdampfer „Gresswell“, der gestern S.D.E.-Kufe ausgesandt hatte, ist nach Meldungen aus Queenstown am Donnerstagvormittag um 10,50 Uhr im Kanal gesunken.

Neue schwere Zusammenstöße zwischen Mohammedanern und Hindus. — London, In Kalipahari (Südindien) kam es nach Meldungen aus Bombay zu schweren Unruhen zwischen Mohammedanern und Hindus, in deren Verlauf drei Mohammedaner und zwei Hindus getötet wurden. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. Die Lage ist noch unklar.

Erdstöße in Texas und in Mexiko. — London, 1. November. In Texas sind am Donnerstagnachmittag nach Meldungen aus El Paso schwere Erdstöße verspürt worden, die mehrere Sekunden andauerten. Aus Mexiko werden ebenfalls Erdstöße gemeldet, die Gebäudeschäden anrichteten.

Erotik und Spionage

in der Etappe Gent Von Heinrich Wandt

III.

Die Deportation der gesamten männlichen Bevölkerung eines Ortes war nach der Auffassung der „Zivil-Arbeiter-Bataillone“ eine beliebige Repressalie, die von den obersten Militärbefehlshabern verhängt wurde.

Das in der Nähe der holländischen Grenze gelegene und von Gent etwa drei Stunden entfernte Dorf Jaffelaere und der benachbarte Weiler Kruisstraat wissen ein Lied von der Barbarei des kaiserlichen Militarismus zu singen, wie die folgende authentische Bekanntmachung zeigt:

Bekanntmachung.

Bei Verfolgung von Espionen ist in der Gemeinde Jaffelaere ein Feldpolizeibeamter erschossen, in der Gemeinde Kruisstraat sind auf einem Gefreiten mehrere Schüsse abgegeben worden.

Infolge Begünstigung durch die Einwohner ist es den Tätern gelungen, zu entkommen.

Aus diesem Grunde habe ich befohlen, daß neben anderen Maßnahmen alle männlichen, im Alter von 16 bis zu 60 Jahren lebenden Einwohner festgenommen und weit entfernt gelegenen Zivil-Arbeiter-Bataillonen zugeführt werden.

Ich bringe dies zur öffentlichen Kenntnis und warne die Einwohner des Etappengebietes nachdrücklich, sich an ähnlichen Handlungen zu beteiligen.

Ich werde bei Wiederholungen nicht nur unmissverständlich die gleichen Maßnahmen überall anwenden, sondern noch zu härteren Strafen greifen.

Diesemigen, die sich der Begünstigung der Espione schuldig gemacht haben, werden nach den Kriegsgeetzen bestraft und haben die Todesstrafe zu gewärtigen.

E. J. D., den 2. Juli 1918.

Der Etappen-Inspektor:
von Schilfka,
General der Infanterie.

Bei den verfolgten Espionen handelte es sich um Leute, denen es gelang, mittels der Summianzüge, die sie sich übergezogen hatten, von Holland aus, wohin sie ein Jahr zuvor flüchteten, den elektrisch geladenen Drahtzaun heil zu passieren und so in das besetzte Flandern zurückzukommen.

Die „Begünstigung“ durch die Einwohner wurde darin gesehen, weil keiner derselben imstande war, über den Unterschluß der beiden Verfolgten Angaben zu machen.

Die Deportation der unschuldigen Jaffelaerer und Kruisstraater Bürger erfolgte urplötzlich.

Die beiden Gemeinden wurden in einer Nacht so umzingelt, daß kein Schwanz zu entziehen vermochte, und dann drangen, wie seinerzeit zu Lille in der „heiligen“ Karfreitagnacht, starke Kommandos von bis an die Zähne bewaffneten Feldgendarmen und Militärpolizisten in jedes einzelne Haus ein und rissen die unglücklichen männlichen Invasoren aus den Betten.

Es gab kein Versteck, das dem Spürsinn dieser Elavenjäger verborgen blieb, und die armen Teufel, die nicht rasch genug ihre Schuhe zur Hand hatten, trieb man einfach so wie sie waren, barfuß oder in Ecken, auf die Straße hinaus und zum Sammelplatz, auf dem die offenen Lastkraftwagen harrten, auf denen sie bei Wind und Wetter die nächste fahnenlange Fahrt nach Gent mitmachen mußten, von wo aus dann der Weitertransport per Kasse erfolgte.

Den Schwächlingen und Greisen — die meisten gesunden Männer von Jaffelaere und Kruisstraat freuten ja ohnehin schon längst in den Zivil-Arbeiter-Bataillonen und waren dort zum Teil auch schon verreckt — „Verben“ konnte man einen solchen Tod nicht nennen — blieb keine Zeit, um sich genügend anzuleiden.

Was hatte es auch schon auf sich, wenn sie sich schon auf der Fahrt den Tod holten, denn sie ja doch versallen waren, wenn der Krieg noch lange andauerte und der Gott, der auf dem königlich preussischen Koppelschlag geläutert und von den kaiserlichen Nachhabern ständlich geschändet wurde, diesem verbrecherischen Treiben, zu dem Pfaffen den Segen gaben, nicht ein Ende mit Schrecken setzte.

Es war ein furchtbares Drama, das sich in den beiden Orten, die im Juli, also inmitten der Gräntarbeiten, ihrer letzten Männer beraubt wurden, die noch nicht das sechzigste Lebensjahr überschritten hatten, zu mitternächtiger Stunde abspielte.

Die Mütter, Frauen und Kinder liefen, meist nur mit dem Hemd bekleidet, wie irrenhaft in den Stuben umher und klammerten sich so lange an ihren Söhnen, Männern und Vätern fest, bis sie mit roher Gewalt zur Seite geschleudert wurden.

Und dieser entsetzliche Jammer, der von einem deutschen kaiserlichen General verfügt wurde, der an jedem Sonntag brav dem Gottesdienste beizuwohnte und dem keiner der vielen in der Etappe Gent herumwimmelnden deutschen Verkünder der Lehre Christi — sie wären ja auch wahrhaftig nicht dazu prädestiniert gewesen — jemals in das Gewissen rebete, war nur durch das Lufttauchen einiger „kleiner Pintischer“ von Espionen verursacht, die einige Wochen darauf doch ergriffen und in Gent selbstgerichtlich abgeurteilt und am 12. August 1918 standrechtlich erschossen wurden.

Aber glaube keiner, daß General Emill von Schiduf und Reudorff jeglichen menschlichen Gefühls bar gewesen sei, im Gegenteil: sein edles Herz schlug sogar voll Wärme für den Godeker auf dem Mist, wie der nachstehende Befehl zeigt:

Verordnung.

Trotz des nach heiligem Gesetz bereits bestehenden Verbots der Fahnenkämpfe finden solche Kämpfe noch öfters statt. Es wird daher folgendes verordnet:

I.

Die Fahnenkämpfe sind im Etappengebiet verboten.

II.

Die Kampfpläne sind innerhalb acht Tagen nach dem Bekanntwerden dieser Verordnung bei den Etappenkommandanten abzuliefern. Die Etappenkommandanten haben für die Verwertung oder Vernichtung der Kampfpläne zu sorgen.

III.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbehörden E. J. D., den 21. Mai 1917.

Der Etappen-Inspektor:

von Schiduf,

General der Infanterie.

„Ja, Eure Sorgen möchten wir haben“, hat damals so mancher „Stantochje“ im Offizierstad zu den eingebildeten Herren der Etappe gesagt.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil: Anton Komrowski, im Vertrieb des „Vorwärts“ und „Klassenkampfes“ in Berlin, „Vorwärts“ und „Klassenkampf“ in den Städten, „Vorwärts“ und „Klassenkampf“ in den Dörfern. — Für den politischen Teil: Theodor Seiler, in Leipzig. — Für den politischen Teil: Theodor Seiler, in Leipzig. — Für den politischen Teil: Theodor Seiler, in Leipzig.

Oberschlesien

Jugendkonferenz des B.V.

Immer noch distieren die Reformisten — Die Opposition führt erfolgreich vor.

Ueber die Konferenz der B.V.-Jugendleute am 28. Oktober in Hindenburg erhalten wir von einem Jungameraden folgende Zuschrift: Jugendkonferenz des B.V. in Hindenburg. Nach längerer Dauer fand im Bezirk O.S. am vergangenen Sonntag eine Jugendkonferenz statt. Als Teilnehmer waren sechs von den einzelnen Jugendstellen offiziell anerkannte Jugendobleute anwesend, das Nichterscheinen der übrigen ist auf die schlechte Benachrichtigung bzw. auf die Angst der Reformisten vor der Opposition zurückzuführen. Dafür hat man die ganze Vorgeschichte des Bezirks mitgebracht; diese fand eine gute Aufnahme gegen die Opposition in den alten Kameraden, die die Hälfte der Delegierten in dieser Konferenz ausmachten.

Bezirksleiter Kossahl eröffnete die Konferenz. Auf der Tagesordnung standen fünf Punkte: 1. Bericht des Bezirks-Jugendobmannes, 2. Bericht der Jugendobleute, 3. Neuorientierung der Jugendorganisation, 4. Wahl des Bezirks-Jugendauschusses, 5. Verschiedenes.

Punkt 1 der Tagesordnung fiel wegen Nichterscheins des Bezirks-Jugendobmannes Felder aus, weil er in Kamborn beim Bezirksparteitag der SPD. anwesend war. Zu berichten über seine Tätigkeit hatte er sowieso nicht viel, und Kamerad J. zog es vor, die Bergarbeiterjugend, für die er niemals zu sprechen war, auch diesmal mit seinem Nichterscheinen zu überraschen. An Stelle des zweiten Punktes setzte man den dritten: Referat von Kamerad Kossahl, in welchem er die Entwicklung der Bergarbeiterjugend in Deutschland und die Jugendleiter-Konferenz in Düsseldorf streifte. Eingehend ging er auf das „Dinta-System“ ein, welches er als eine große Gefahr für O.S. bezeichnete. In diesem fand vor kurzem eine Konferenz der Arbeitgeber statt, an welcher Vertreter des Oberbergamtes teilnahmen. Ein Vorsitzender des „Dinta-Systems“ hielt vor der Konferenz einen Vortrag und empfahl den O.S.-Schlotbaronen die Einführung dieses Systems. Erst heute sieht man die Gefahr dieser „Dinta-Schulen“, die man bereits im Beuthener Industriebezirk hervorbringen wird. Hoffentlich wird der neue, von der B.V. bestimmte Jugendbezirksobmann, Kamerad Schumann, mit seiner großen Kluppe beweisen, was er kann. (Aber, lieber Freund, dann nicht in einen Winterurlaub verfallen, wie dein Vorgänger Felder.) Ueber das Referat entwickelte sich eine reichhaltige Diskussion von Seiten der Opposition, die sachlich über die Ausbeutung und die Gefahr, welcher die Bergarbeiterjugend ausgesetzt ist, sprach. Die alten Kameraden beschwerten sich und schimpften auf den B.V. und K.V.D. Die „verfluchten“ Kommunisten hätten die Bergarbeiterjugend unter ihren Einfluß gebracht. „Ich sage euch“, sammelte der

erste Vorsitzende der Jugendstelle Mikulschütz, „es werden Räuber, aber keine willigen Bergarbeiter zum Preis wie wir.“ Kamerad Kossahl meinte aus Besorgnis kam besonders plump heraus. Er beschuldigte den Jungameraden Buzdol, in einer Bergarbeiterversammlung für den B.V. mit Broschüren agitiert und geworden zu haben. Praktisch ist das gar nicht möglich, weil der B.V. in Hindenburg verboten ist. Die Anklagen gegen die Kommunisten waren so närrisch, daß man bedauern muß, daß die Reformisten solche unwilligen Arbeiter als ihr Werkzeug wiederum gegen unwillige Arbeiter auszustellen versuchen. Schumann, welcher ein Jahr auf der Wirtschaftsschule vom Verband war, und zu der Jugendleiterkonferenz in Düsseldorf von der B.V. des B.V. O.S. delegiert wurde (aber nicht gewählt, wie es in anderen Bezirken der Fall war), tat sich besonders hervor. Er sagte, in Waldenburg sei die Jugend zu 98 Prozent organisiert, weil es dort keine „böse Opposition“ gäbe. (Oh! Gerade das Gegenteil ist wahr!) Wir haben nur ein Gebauert übrig, daß man ihn auf der Wirtschaftsschule so böse gegen die Proleten abgerichtet hat.

Nun wurden von den einzelnen Jugendobleuten, soweit sie anwesend waren, über ihre Tätigkeit berichtet. Es stellte sich heraus, daß sich die Berichte der oppositionellen Kameraden sehr gut mit denen der „guten“ Kameraden messen konnten, soweit diese überhaupt welche geben konnten. Der Mikulschütz 1. Vorsitzende berichtete:

„Ich mußte die Bergarbeiterjugend bei uns auslösen, weil sie von den Kommunisten geführt wurde.“

(Kommentar erübrigt sich)

Kamerad Taz (S.V.) empfahl, den jugendlichen Kampels nach der schweren Arbeit mehr Freizeit zu geben. Er schilderte in bewegten Worten, wie ihm am 1. Mai das Herz geblutet habe, als er sah, wie die Bergarbeiterjugend mit ihren Wimpeln an der Spitze des Juges gemeinsam mit der kommunistischen Jugend demonstriert habe. Ferner sagte er, die S.V.-ler möchten in den Verband eintreten, aber sie eifeln sich vor der kommunistischen Jugend, die noch immer die Führung habe.

In den Bezirksauschuss wurden einstimmig gewählt: Kuzera, Hindenburg, Legy, Hindenburg, Kossahl, Hindenburg, Matinka, Karf, Beuthen. Als Jugend-Bezirksobmann wurde von der B.V. Schumann, Hindenburg, bestimmt.

Der Punkt „Verschiedenes“ war belanglos. Damit fand die Jugendobleutekonferenz mit einem „Wald auf!“ ihren Abschluß. Der neugewählte Jugendbezirksauschuss trat unter der neuen Führung sofort zusammen.

Kreuzburg

„Der Dank des Vaterlandes.“ Des öfteren trifft man auf der Straße Kriegstruppen, die sich durch Spielen ihren Unterhalt verdienen wollen. Die „Kreuzburger Nachrichten“ sagen „unschöne“ Musik und hegen die Polizei auf sie. Der Herr wäre nach ihrer Meinung, ihnen das Spielen zu verbieten. Da sitzt in Wind und Regen ein Geigenpieler. Die Augen in Raß. „Erblindet im Polenaufland am Annaberg“, steht auf dem Schilde. Verächtlich gehen die fahlen Spieler vorbei und ab und zu fällt ein Groschen in den Hut des Blinden. Es gibt noch viele Fälle, wo man den „Dank des Vaterlandes“ bewundern kann. Und so ein Spielerblatt erludt die Polizei, diesen Leuten das Spielen zu verbieten.

Für die Armen sammeln einige Bourgeoisdämchen im Auftrage des „Anstiftes“ Geld und abgetragene Kleidung. Diese Sachen werden dann zu Weihnachten an die Armen verschenkt, um sich so ins Licht der Wohlthätigkeit zu setzen und die Arbeiterschaft zu betören. Was verschenkt wird, ist Nebensache. Bei der letzten Einbeziehung erhielt eine arme Frau ein Paar zerfissene Strümpfe, die heute noch unberührt liegen, weil es sich nicht lohnt, zu knöpfen. Arbeiter, erlernt die Heuchelei dieser Sorte von Menschen und setzt an Stelle der Wohlthätigkeit die Klassenkollaboration!

Für alle Mitglieder

werden ab Januar 1926 neue Mitgliedsbücher ausgehändigt. Die alten Bücher verlieren ihre Gültigkeit. Komme also auch Du zur Kontrollversammlung bzw. melde Dich bei Deiner Leitung.

Oppeln

Kompalkonferenz!
Wir machen nochmals alle Gemeindevorsteher sowie die besonders eingeladenen Funktionäre auf die am Sonntag, dem 4. November, 9,30 Uhr in Oppeln stattfindende Konferenz aufmerksam. Ebenso erinnern wir an die Vorbereitungen am Sonnabend. Besondere Einladung erging. Mitgliedsbücher mitbringen. — B.V. der SPD.

Von unseren schwarzen „Freunden“

Der katholische Arbeiterverein St. Kreuz begann vergangener Woche seine Winterveranstaltungen mit einem Familienabend. Wie das bei den Katholiken so üblich ist, sind Familienabende dazu da, gegen die Gegner nach Kräften vom Leder zu ziehen. Ein „Arbeitersekretär“ erzählte der stauenden Zuhörerschaft Einzelheiten darüber, wie die Katen verjagen, sich bereits der Jugend zu bemächtigen und mit ihren Ideen zu „verfeuchten“. — Ja, das ist wirklich allerschand, daß wir unterschämten Katen bereits bei der Jugend anfangen und gar nicht einsehen wollen, daß einzig und allein die fetten Pfaffen ein Recht dazu haben, die Jugend zu beeinflussen. — Auch der katholische Volksverein versammelte sich dieser Tage. Obwohl es in Oppeln circa 30 000 Katholiken gibt, hat der Verein nur knapp 1000 Mitglieder. Von diesen ist wieder nur ein Bruchteil aktiv tätig. Das wurde mit Betrübnis festgestellt. Jedoch soll von jetzt ab die Werbetrommel kräftig gerührt werden. Eitle Freude herrschte, als man auf die guten Aussichten für ein preisliches Konkordat zu sprechen kam. — Die schwarzen Geister fangen jedenfalls an, sich mächtig ins Zeug zu legen.

600 Mark Lohngelder geraubt. Zwischen Straßeeom und Münchhausen wurde der Arbeiter Trzaba aus Friedrichsgrätz, der mit 600 Mark Lohngeldern an seine Arbeitsstätte zurückkehren wollte, plötzlich von zwei Männern angehalten. Mit einer Pistole und einem Dolch wurde der Ueberfallene zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Die Räuber, die schlecht gekleidet waren, trugen Gesichtsmasken.

Ergebnis des Photo-Preiswettbewerbs. Einer längeren Zuschrift des Verkehrsamtes entnehmen wir: Der 1. Preis fiel auf Kennwort „Licht im Ofen“ auf eine Aufnahme von der Volksschule des Herrn Walter Reichelt, Oppeln. Der 2. Preis auf Kennwort „Pflanzen“ für die Aufnahme vom Mühlgraben des Herrn Friedrich Waier, Oppeln. Der 3. Preis auf Kennwort „Licht im Ofen“ für eine Aufnahme vom Wochenmarkt des Herrn Walter Reichelt, Oppeln. Die anderen Preisträger sind: J. Florel, Czarnowanz; Friedlene Wälscher, Dr. Volkholz, G. Krause, Artur Goettel und Dr. Jacob, sämtlich aus Oppeln. Die prämierten Bilder sowie die anderen Aufnahmen werden in der Zeit vom 2. bis einschließlich 11. November im Museum öffentlich ausgestellt werden. Eine Anzahl weiterer Aufnahmen, insbesondere diejenigen von dem Abbruch des Pfaffenhofes, sowie andere Bilder sollen für das Museum bzw. für das Verkehrsamt angekauft werden.

Arbeiterport. Die Oppelner Handballer der Freien Turnerschaft weikete am Sonntag, dem 28. Oktober, in Neukant, um ein Spiel gegen den dortigen Bruderverein auszutragen. Das Spiel, das roh gespielt wurde, war für den Arbeiterport nicht verbend. Das Resultat konnte Oppeln mit 4:7 für sich entscheiden. Der Schiedsrichter war dem Spiel nicht gewachsen.

Einen Kameradschaftsabend mit Tanz veranstaltet der B.V. am Sonnabend, dem 3. November um 19 Uhr im Schützenhaus. Alle Kameraden und Sympathisierenden sind hierzu eingeladen.

Jeder Genosse

muß zur Kontrollversammlung sein Parteimitgliedsbuch und alle Mitglieds- und Funktionär-Ausweise anderer Organisationen mitbringen. Vergesst diese Dinge nicht!

Versammlungskalender

Alle Fellen sowie Ortsgruppen ohne Fellen organisieren sofort Mitglieder- versammlungen über die innerparteiliche Lage. Referenzen stellt die B.V.

Parteiveranstaltungen
Gleiwitz, Sonnabend 19,30 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“ Revolutionsfeier. Oppeln, Sonntag 9,30 Uhr Kompalkonferenz des Unterbezirks. Colet, Sonntag 14 Uhr Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Innerparteiliche Lage. 2. Die Aufgaben der Partei.

Sonstige Organisationen
Gleiwitz, Freitender, Sonnabend 20 Uhr im Vereinslokal, Bahnhofstraße 24, äußerst wichtige Vorstandssitzung, zu welcher hiermit die Vorstandsmitglieder eingeladen werden. — Sonntag 12 Uhr freigeistiger Vortrag im Rundsaal.

Die Möbel auf die Straße gesetzt

Zu einem vor einiger Zeit unter Oppeln veröffentlichten Artikel erhalten wir von der Breslauer Justizpressestelle folgende Zuschrift:

„In Nr. 238 Ihrer Zeitung vom 9. Oktober 1928 berichteten Sie unter der Ueberschrift „Die Möbel auf die Straße gesetzt“, daß Gericht in Oppeln habe in der Sache Spinner gegen Schiller, lediglich wegen Streits um einen Haus Schlüssel — kurzerhand das Räumungsurteil“ gefällt. Diese Darstellung ist unzutreffend. Der Beklagte Schiller ist zur Räumung der Wohnung durch Verjährungsfrist vom 1. Juni 1928 verurteilt worden, da er zu der mündlichen Verhandlung trotz ordnungsmäßiger Besanntgabe des Termins nicht erschienen war. Es war also das tatsächliche mündliche Vorbringen der Klägerin gemäß § 331 P.D. als zugestanden anzusehen. Dies Vorbringen enthielt unter anderem die Behauptung, fortgesetzte erhebliche Belästigungen der Klägerin durch den Beklagten und seine Familienangehörigen. (§ 2 N.-Sch.-G.) Der Beklagte hat es unterlassen, gegen das Urteil in der gesetzlichen Frist Einspruch einzulegen.“

Uns wird dazu aus Oppeln geschrieben: Diese Richtigerstellung trifft schon zu, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Familie, um die es sich in diesem Falle handelt,

mit den Möbeln einen halben Tag auf der Straße stand

und niemand sich kümmerte, was daraus werden soll, bis die Polizei, gezwungen durch die Proteste der vorübergehenden Passanten, kurzerhand die Unterbringung in der Baracke an der Plane anordnete.

Die Verleumdung des Herrn Landgerichtsdirektors schreibt auch nichts davon, daß die Herausgegebenen bis zum letzten Tage planmäßig ihre Miete bezahlt haben und die angeführten „erheblichen Belästigungen“ zum Teil maßlose Uebertreibungen sind und tatsächlich wegen der Geringfügigkeit eines Streits um einen Haus Schlüssel entstanden. Diese Differenzen benutzte die fromme Hausbesitzerin Frau Spinner, um Räumungsklage anzustrengen, und hatte insofern leichtes Spiel, weil die Gesetzeskenntnis der Beklagten zu einem Räumungsurteil führte, gegen welches dann oben drein noch nicht einmal Berufung eingelegt wurde, weil die Leute durch unverständliche Besprechungen annahmen, die ganze Sache sei erledigt, bis sie dann, wie schon geschildert, auf der Straße und nun in der Baracke saßen.

Ist es vielleicht ein Wunder, daß die Leute nach der Bildung, wie sie die Volksschule vermittelt, so wenig mit den Gesetzen Bescheid wissen? Durch den vielen Religionsunterricht bereitet man die Menschen angeblich für die Zeit nach dem Tode vor, obwohl es doch wichtiger ist, die Menschen für das Leben vorzubereiten, wo sie dann auf Grund der falschen Bildung so hilflos dastehen und dadurch den Kirchengeldern zugehen. Hier Wandel zu schaffen, ist dringend erforderlich. Wenn es bei den Alten schon zum Tell zu spät ist, so fangen wir wenigstens bei unseren Kindern an, damit sie besser gerüstet im Kampf ums Dasein dastehen.

Hurra, Schiffstapläne!

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Die „Obererschlesische Volkstimme“ bringt in ihrer Nummer 301 vom 30. Oktober die Nachricht, daß auf einigen Schiffen der Royal Mail Steam Packet Company, die zwischen Südamerika und England verkehren, Schiffstapläne eingesetzt worden sind, und stellt mit Verleumdung fest, daß auch auf einigen französischen Schiffen ähnlich verfahren wird.

Rom Standpunkt der Reeder ist das ganz verständlich. Das erwachende Proletariat, welches einmal die Profiteure des Reederes in Gefahr bringen könnte, darf nicht einen Tag, und wäre es auch nur die Zeit der Ueberfahrt zwischen den beiden Kontinenten, ohne geistige Verblümmung gelassen werden.

Die Schwarzwälder, als geistige Kettenhunde der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, haben auch auf den Schiffen darauf zu achten, daß der feschahrende Arbeiter nicht geistig mündig wird.

Daß diese Anfänge auf Schiffen mit vorwiegend lateinamerikanischer Besatzung gemacht werden, ist bezeichnend für diese Inspiratoren. Der denkt da nicht unwillkürlich an die vierhundertjährige Vassallenshaft, die von Mexiko bis zum Feuerland, bis in die heutige Zeit ihr Unwesen treiben konnte? Wer denkt da nicht an Mexiko, wo der Eingeborene sämtliche Urchristlichen Feiertage mit ihren

christlichen Märtyrern im Kopfe hat, aber nicht lesen und schreiben kann? Christentum ist doch „Kultur“.

Doch, mit Verleumdung kann man da feststellen, die Wahrheit und das Recht lassen sich wohl eine Zeit lang unterdrücken, nie aber austrotten. Freimachung von christlicher Verbannung bedeutet geistige Revolution. Wann dann die politische folgt, ist nur eine Frage der Kräfteverhältnisse.

Heute schon schwankt die Herrschaft der Schwarzröde in Mittel- und Südamerika. In Mexiko, Maracaqua, Bolivien, Chile und anderen Staaten häufen sich die Unruhen. Der Riese Proletariat erwacht. Langsam nur, noch blinzelt er und er weiß noch nicht, wo er mit seiner Faust zuschlagen soll. Aber schlagen wird er.

Gleiwitz

10 Jahre kapitalistische Republik —
11 Jahre Diktatur des Proletariats!

Im Gegensatz zu den von den kapitalistischen Parteien und ihren Laaien für Anfang November organisierten Geburtsstagsfeierern der deutschen Republik veranstalteten unterzeichnete Organisationen aus Anlaß des elfjährigen Bestehens der Sowjetunion am Sonnabend, dem 3. November 1928, 19,30 Uhr, in Gleiwitz, Saal der „Vier Jahreszeiten“, eine

Revolutionsfeier

bestehend aus Rezitationen, Gesang, Musik, Ansprache und einem Vortragsabend der Vorbereitung der deutschen Novemberrevolution: „Rote Matrosen“.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft nebst ihren Angehörigen wird hierzu freundschaftlich eingeladen.

B.V., K.V.B., K.V.D. Ortsgruppen Gleiwitz.

Achtung, Metallarbeiter! Der Deutsche Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Gleiwitz gibt bekannt: Am Dienstag, dem 4. November 1928, vormittags 9,30 Uhr, in Gleiwitz, Restaurant Forst, Kronprinzenstraße, wichtige Versammlung der Former, Kennmacher, Kupfer- und Gießereiarbeiter. In dieser Versammlung kommen wichtige Fragen der Gießereibranche zur Sprache, so daß es Pflicht jedes einzelnen ist, an dieser Versammlung teilzunehmen. Die Kollegen von Beuthen, Hindenburg, Donnersmarckhütte und Borstwerf sind hierzu ebenfalls freundschaftlich eingeladen.

Hindenburg

Schwerer Motorradunfall. In der vergangenen Nacht unternahm der Meister Franz Busch, seine Frau sowie der Reisende Julius Palzsch aus Gleiwitz eine Motorradfahrt von Gleiwitz nach Hindenburg. Durch ungewöhnlich schnelles Fahren kam das Motorrad ins Schleudern und stieß gegen einen Kilometerstein. Alle drei Personen erlitten lebensgefährliche Verletzungen und mußten ins Knappschafstlazarett in Hindenburg gebracht werden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Beuthen

Im Milchhäuschen verstorben. In einem Milchhäuschen wurde eine Besucherin plötzlich von einem Unwirthem überfallen. Sie stürzte zu Boden und verstarb nach wenigen Minuten.

In der Klüberbergstraße brannte die Scheune des Landwirts Urganz mit den ganzen Vorräten an ungedroschenem Getreide und sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen nieder.

Fahndungen. In den städtischen Autobussen sind in der Zeit vom 8. bis 28. Oktober d. J. folgende Sachen jurüdgeblieben: 1 Paket

Denkt an die Winterhilfe der R.M.

Restaurant Lorenz Jonientz
Oppeln, Bleichstraße 3

Sonnabend, den 3. November 1928



Schweinschlachten

Früh ab 9 Uhr: Weißfleisch, abends: Weißwurst
Rustikalische Unterhaltung
Es ladet ergebenst ein

Der Wirt

In Schwednitz das größte Lager und auch die ersten Schlager im Kaufhaus Leopold Prager

Bettenhaus W. Sandler
Bettstellen u. Matrassen
Bettfedern, Bettwäsche
Schwednitz, Wilhelmsplatz 11

Kolonialwaren

Spezialität:
Möbi-Kaffee
Anton Sebel
Schwednitz
Kupferstraße 8

Schuhwaren aller Art
kaufen Sie gut und preiswert bei
Paul Schubert
Schwednitz
Reichenbacher Str. 12

Dem Genossen **Alfred Bräuer** zu seinem **Geburtstage**
ein drolliges Rot Front
K. P. D. und R. F. B.
Ortsgruppe Geibsdorf.

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein

Auf die im Gitterkasten des Amtsblattes aushängende Bekanntmachung des Vorstehenden d. s. Arbeitsamtes Waldenburg vom 22. Oktober 1928, wonach die landwirtschaftlichen Arbeitgeber, die im Jahre 1929 ausländische Arbeiter beschäftigen wollen und hierzu bis 1. November d. J. die Genehmigung beim Arbeitsamt Waldenburg, Auenstraße 20, einzuholen haben, weile ich hiermit hin.
Weißstein, den 30. Oktober 1928
Der Gemeindevorsteher
J. W. Scholz

Auf Kredit

u. billig kaufen Sie vollständige Herren- u. Damen-Barderoben, sowie Bett- und Leibwäsche, Zimmer- und Küchen-Dekorationen, Braut-Ausstattungen, Möbel usw. nur im **Berliner Kredithaus Gebr. Metzker, Liegnitz 16 Burgstraße 16** Ausweis bitte mitbringen!

In Ihrem Interesse

liegt es, sich bei Einkäufen stets auf die **Arbeiter-Zeitung** zu beziehen

Interate haben in unserer Zeitung besten Erfolg!

Auffallend billige Preise!



**Kinderwagen
Puppenwagen
Korbmöbel
Korbwaren**

Rudolf Pachaly & Sohn Schwednitz
n. u. Langstraße 17

Spezialhaus für **Pelz- und Lederwaren**
Hüte, Mützen, Schirme und Stöcke
sowie Einkauf von Fellen
Robert Goldbach
Striegau, Güntherstraße 16

Möbel

Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen
Einzel-Möbel
Bequeme Zahlungsbedingungen

E. Winkelmann
Striegau
Wilhelm-Straße 12

Fritz Sander
Striegau
Schwednitzer Str. Nr. 24

Lederhandlung
Schuh-Bedarfsartikel

Radio - Gramophone
Anlagen und in allen Preislagen

Streng reelle und fachmännische Bedienung
Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der **Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H. STREHLER**
Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Rundfunk-Spezial-Geschäft
Inhaber: Hans Waldbrunn
Striegau :: Schwednitzer Straße 3
Fernsprech-Anschluß 377
Neueste Apparate u. Lautsprecher am Lager
3-Röhren-Geräte mit 1 Röhre v. 39,50 M. an
Stets frische Anodenbatterien
Radio- und Auto-Batterien-Ladestation!

Paul Goldmann
Kolonialwaren
Schwednitz
Hohstraße Nr. 35

Möbel-Eisner
Schwednitz, Königsecke
Tel. 360
Größtes Lager
Schlafzimmer, Speisezimmer
Herrenzimmer und Küchen
Bequeme Zahlungsbedingungen.

M. Neuthal
Schwednitz, Burgstraße 2 u. 3
Herren- u. Knabenbekleidung
Bekannt billige Preise

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft man bei
Helene Reimann
Schwednitz, Vorwerkstr. 24

Gustav Rauprich
Schwednitz, Großschtr. 17
Vorteilhafte Bezugsquelle für Kolonialwaren

Nachstehende Ausgabestellen der „Arbeiter-Zeitung“ in Mittel- und Niederschlesien nehmen Abonnementsbestellungen entgegen

- All-Nöhrsdorf: Richard Dorn.
- All-Warthau: Martin Gehner.
- All-Cassig: Gustav Springer.
- All-...: Anna Timmermann, Breslauer Straße
- Briefen: Quersbach.
- Bärsdorf: Gustav Elsner, Hausdorf Nr. Waldenburg.
- Pettler: Paul Hampfl, Grünhübel.
- Brokau: Erich Schoer, Breslauer Straße 11.
- Brodenberg: Ernst Riedel.
- Brieg: Fritz Meigel, Holzmarkt 7, III.
- Bollenhain: Erich Heberich, Bergstraße 23.
- Böhrnsdorf: Traugott Pazina, Brückhaus
- Borsgarn: Post Meißau, Robert Hoffmann.
- Bunzlau: Walter Thoma, Rothbacher Straße 46.
- Carlowitz: Kolberg.
- Cosel b. Breslau: Herbert Gohlis.
- Cosau bei Spreitz, Nr. Rothenburg D.-L.: P. Finster.
- Cawelsitz: Robert Lestler.
- Döbberitz: Gustav Neumann.
- Deutsch-Lissa: Joseph Mittel, Bahnhofstr. 5.
- Deutsch-Lissa, Karl Garbe, (Süd.) Land, Nr. 61.
- Dittersbach: Paul Kubold, Luthersstraße 20.
- Freiburg: Josef Gruska, Subenan 4.
- Friedland: Hermann Spalling, Ring 34.
- Friedberg a. O.: Paul Baumert, Friedrichstr. 107.
- Fellhammer: August Winkler.
- Frankfurt: Wilhelm Freitag, Markt 19.
- Frankenstein: Ernst Jentsch, Neue Straße 4.
- Groß-Rohrten: Hermann Pöhm.
- GutsMuths: Paul Neumann.
- Görlitz: Erwin Denner, Emig 8.
- Geibsdorf: Alfred Eisner, Nr. 293.
- Görsdorf: Alfred Bratte, Hauptstraße 24.
- Gottschalk: A. Mohrholz, Bahnhofstraße 7.
- Greifenberg: Otto Reiche, Gerberstraße 11.
- Grünberg: Christl Kobenz, Jüllshauer Str.
- Groß: Robert Käder, Nr. 228 a.
- Glogau: Wilhelm Lange, Dominikanerplatz 1/2.
- Goldberg: Paul Döring, Salzstraße 8.
- Gollschau: Rudolf Holz.
- Grünhübel: Paul Hampfl.
- Gröden: Kreis Arnim, Paul Edelmann.
- Gundelsdorf: Gustav Günther, Weigelsdorfer Straße 7.
- Harpersdorf: Dr. Goldberg, Paul Gänke.
- Hausmann: Post Hennigsdorf: Karl Summa II.
- Hörscht: Oswald Franke, Nr. 63 a.
- Harten: Hermann Kolen.
- Obst-Germersdorf: Marie Klose, Nr. 40.
- Hermersdorf a. R.: Paul Schneider, Mühlweg 38.
- Hermersdorf a. R.: Gustav Eber, Barndranner Str. 47.

- Hohenfriedberg: Paul Brona, Nr. 79.
- Hallau: Paul Arnold, Pohlstraße 8.
- Hörscht bei Wansin, Friedrich Wuttke.
- Hirschberg: Ida Hirsche, Sechsstätte 43.
- Hirschberg-Camersdorf: A. Berger, Dorfstr. 147.
- Hausdorf, Nr. Waldenburg: Gustav Elsner.
- Henriettentz: Gottfried Grinke, Hauptstraße 7.
- Herrnprosch: Emil Kühn.
- Hainbach: Hermann Bödel.
- Hayman, Paul Bierer, Liegnitzer Straße 17.
- Jähschendorf: Schwärzer.
- Jauer, Marie Bendor, Altjauer Straße 27.
- Klein-Rohden: Langer, Siedlungshaus 1.
- Klein-Sandau: A. Gebauer.
- Klein u. Tschansch, Frau Klobla.
- Konradswaldau: Marton.
- Konradswaldau: Richard Schuber.
- Kallhaus, Gustav Wille, Jauer, Weberstraße 6.
- Königszell: Marie Alfons, Feldstraße.
- Kittau: Paul Feier.
- Kauzsch: A. Sieber.
- Krausendorf: Hermann Weiß.
- Krausendorf: Mierowitz.
- Kragau: Marie Klose, Gahner Straße 12.
- Leisnig bei Görlitz, A. Bothe Reifer Straße 4.
- Langesöls: Anna Häbel.
- Lauterbach: Max Thi. I. Lebere Gerlicher Str. 1.
- Lehmwasser Nr. Waldenburg: Franz Wenzel, Nr. 44.
- Langwaltersdorf: Richard Hoffmann.
- Liebau: Josef Burghardt, Trautenauer Straße 78.
- Landsberg: Wilhelm Bräuer, Friedrichstr. 12.
- Liegnitz: Paul Winkler, Blücherstr. 1.
- Liegnitz: Paul Ruhn, Ritterstraße 9 II.
- Lützen: Paul Pusch, Schladthof Nr. 5.
- Müßig: Walter Chotowitz, Markt-Vorstadt.
- Münsterberg: Anna Zimmer, Junkerstraße 4.
- Mittel-Langesöls: Anna Häbel.
- Mühlau: Bruno Woller, Markt 101.
- Neufeld: Emil Poppe.
- Neufeld bei Liegnitz: G. Eteller.
- Neustadt b. Breslau: J. Jagusch, Breslauer Str. 48.
- Neumarkt: Heinrich Stoffe, Junferstraße 1.
- Neu-Debernitz b. Neisth DE., Fritz Schubert, Heidestr. 17.
- Nieder-Germersdorf: Maria Wegel, Hüttenstraße 4.
- Nieder-Schreibchen, Bernhard Bayer, Kirchstraße 20.
- Nieder-Schreibchen: A. Rauber, Waldenburger Str. 41.
- Neurode: Helmann, Ammerdorfer Landen 71.
- Neustadt a. d. O.: Hermann Scholz, Angerstraße 25.
- Neustadt: Pindner.
- Neu-Burgsdorf: Richard Dorn.

- Oblau, Walter Böhm, Deller Weg 8.
- Oels: Gustav Scholz, Oslauer Straße 61.
- Ober-Salzbrunn: Heinrich Kunze.
- Ober-Germersdorf: Marie Klose, Nr. 40.
- Ober-Lieschen: Hermann Giesel.
- Ober-Deutmannsdorf, Friedrich Langer, Nr. 47.
- Pfeiferwitz: Josef Dubshig, Lindenstraße 13.
- Prausitz: R. Neumann, Ring 76.
- Peterwitz: Paul Bräuer.
- Penzig: Max Stumpf, Turnerstraße 8.
- Petersdorf i. Rhg.: Marta Feist, Nr. 79.
- Primtenau: Max Pappel.
- Peterhain, P. Müda, Nr. Rothens. D.-L.: W. Barthel.
- Quibdorf: Wilhelm Klein.
- Rauscha: Alfred Rager, Schwarzerweg 210.
- Rothensdorf: Ernst Hamshire, Nr. 135 a.
- Rathau: Wilhelm Unger, Nr. 1.
- Reichensdorf: Hermann Bödel.
- Reinswaldau: Alfred Böhm, Nr. 61.
- Sarberg, Rudolf Bobak, Hüttenstraße 4.
- Seitenberg: Kolke, Dorfstraße 48 a.
- Sagan: Richard Bachmann, Lazarettstraße 22.
- Sadowitz: Ernst Wibe, Sadowitz bei Canth.
- Schwednitz: Berta Hennig, Kupferstraße 7.
- Schöberg: Paul Queier, Seidenberger Straße 41.
- Schomberg D.-S., Viktor Michalla, Feldstraße 9.
- Schoßdorf: Paul Gähner, Nr. 218.
- Schmieberg: Christian Kobens, Oberstraße 2.
- Schwarzwalde: Hermann Bielsch, Nr. 83.
- Schmidtsdorf: Karl Albrecht, Nr. 43.
- Schwoitz: Robert Ende.
- Schleibowitz: Josef Harttrump.
- Sprottau: Richard Sanft, Lindenstraße 26.
- Stabelwitz: August Barthel, Nr. 50.
- Stöbel: Josef Engel.
- Striegau: Georg Reimann, Heimstättenweg.
- Steinan, Richard Wibe, Gartenstraße 16.
- Steinoffs: S. Kopsa.
- Strawitz: Bürger.
- Schöwig bei Canth, Josef Harttrump.
- Strehlen: Josef Weimich, Brehmer Straße 51.
- Trautenau: Josef Pödel, Gebirgsstraße 48.
- Tschischdorf: Nr. 77, Kirchner.
- Wälsdorf: Lehmann.
- Waldenburg: Oskar Rey, Weinstraße 12.
- Weißstein: Konrad Neumann, Hauptstraße 104.
- Wegersdorf: Robert Stepanek, Blumenau.
- Zeißholz, Post Bernsdorf (Ob.-Lau.). J. Galup.

Das Gesicht der SPD. in Zahlen

Von Franz Dählem

Unter dem Druck der Kapitaloffensive auf die Arbeitsbedingungen der arbeitenden Massen und angesichts der immer schärfer erkennbaren Kriegsgefahr geht eine ernste Linksbewegung in der Arbeiterklasse vor sich. Symptome dafür sind: die wachsenden revolutionären Energien der Arbeiter bei den Wirtschaftskämpfen, der steigende Einfluss unserer Partei, die fortschreitende Zerlegung im Lager der Sozialdemokratie. Auf Grund unserer innerparteilichen Auseinandersetzungen und der Tatsache, daß die Partei nicht das formale Ziel bei der Unterzeichnung zum Volksbegehren erreichte, hielten die Gegner über das „Plasfo der SPD“. Die Partei läßt sich durch dieses Scheitern nicht einen Augenblick in ihrer nüchternen Einschätzung des Resultats der Volksbegehrens-Kampagne beirren. Der Einfluß der Partei in den Massen hat bewiesen die Tatsachen und Berichte von allen strategischen Punkten, das beweist die kampfstreife Stimmung im Gros der Parteiorganisationen — ist auf Grund der Arbeit der letzten Monate über das Ergebnis vom 20. Mai hinaus gewachsen.

Die soziale Zusammenfassung der Partei, die alten Grundlagers der Funktionäre, die die Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie zusammen mit den revolutionären Erfahrungen der Sturmzeit 1919 bis 1923 lebendig repräsentieren, die Tatsache, daß das Gros der Parteimitglieder die schweren Zeiten des Bürgerkrieges von 1919 bis 1923 und die Entwicklungskrisen der Partei mitgemacht hat, all das ist eine Gewähr dafür, daß in der Manigartbe des deutschen Proletariats, in der SPD., wirklich die kampferfahrensten, opferbereitesten

Wir brauchen keine Reichskontrolle!

Das sagen nur die Genossen, die sich der politischen Bedeutung nicht bewußt sind. Der sich der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Reichskontrolle bewußte Parteigenosse bringt bei seiner Ortsgruppenleitung auf genaueste Durchsührung. — Also ran an die Arbeit! Die Bezirksleitung.

und mutigsten Teile der Arbeiterschaft zu einem starken einheitlichen Block zusammengefaßt sind. Für einen revolutionären Arbeiter gibt es nur eine Partei: die SPD!

Einige Zahlen, wie die Reichskontrolle sie im Frühjahr-Sommer 1927 ergeben hat, sollen das unterstreichen (die hier angeführten Zahlen geben den Reichsdurchschnitt wieder).

Dem Alter nach setzt sich die Partei folgendermaßen zusammen: bis 25 Jahre 12,41 Prozent, bis 30 Jahre 19,68 Prozent, bis 40 Jahre 32,80 Prozent, bis 50 Jahre 21,35 Prozent, über 50 Jahre 13,76 Prozent.

Im Betrieb liegt die Kraft der Partei: Bei starker Erwerbslosigkeit zur Zeit der Kontrolle Anfang 1927 waren 53,28 Prozent der Genossen in Industriebetrieben. Eine Untersuchung der Prozentverhältnisse der gelerntten und ungelernten Industriearbeiter ergab 58,62 Prozent Gelernte und 41,38 Prozent Ungelernte.

Der sonstigen Beschäftigung nach entfielen auf: Hausfrauen 13,17 Prozent, handwerkliche und gewerbliche Arbeiter 9,57 Prozent, landwirtschaftliche Arbeiter 2,21 Prozent, Handlungsgehilfen, untere Beamte 2,91 Prozent, Selbständige 4,58 Prozent, Bauern 0,11 Prozent.

Politisch organisiert waren im Reichsdurchschnitt sowohl in der SPD. wie in der USPD. ziemlich gleichmäßig je 30 Prozent. Die Entwicklung beweist, daß auch heute noch die besten Arbeiterelemente der SPD. den Rücken kehren und zur SPD. kommen.

Den Jahren nach waren in der SPD.:

1-3 Jahre 18,95 Prozent, 4-5 Jahre 13,23 Prozent, 6-10 Jahre 30,45 Prozent, 11-20 Jahre 28,44 Prozent, länger als 20 Jahre 8,93 Prozent.

In der USPD. waren nach Jahren:

1 Jahr 24,47 Prozent, 2 Jahre 33,02 Prozent, 3 Jahre 21,77 Prozent, 4 Jahre 12,67 Prozent, 5 Jahre 8,07 Prozent.

In der SPD. sind über 60 Prozent des heutigen Mitgliederbestandes seit vor 1923 in der Partei; dabei rund die Hälfte seit 1920. Der Reichsdurchschnitt der Zugehörigkeit zur SPD. ergibt folgendes Bild:

seit 1920/27,79 Proz., seit 1921 14,42 Proz., seit 1922 6,80 Proz., seit 1923 13,34 Proz., seit 1924 6,61 Proz., seit 1925 9,15 Proz., seit 1926 14,01 Proz., seit 1927 7,88 Proz.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Kontrolle in die Mitte des Jahres 1927 fiel, und daß deshalb der wirkliche Prozentanteil der Mitglieder für das ganze Jahr 1927 höher ist.

Die Statistik des gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisses ergibt, daß von den gewerkschaftlich organisierten Kommunisten über 50 Prozent vor 1918, davon genau 41,40 Prozent vor 1914 bereits in ihren freien Verbänden organisiert waren.

Der Reichsdurchschnitt ergibt folgende Zahlen:

vor 1900 7,58 Prozent, bis 1905 10,18 Prozent, bis 1914 23,64 Prozent, bis 1918 11,96 Prozent, bis 1920 17,95 Proz., bis 1925 17,65 Prozent, nach 1925 11,11 Prozent.

Wenn die Gesamtzahl der in den Verbänden organisierten Genossen gleich 100 gesetzt wird, ergibt sich folgende Zusammenfassung nach den wichtigsten Verbänden:

Metallarbeiter 29,75 Prozent, Bauarbeiter 12,20 Prozent, Fabrikarbeiter 8,01 Prozent, Bergarbeiter 6,81 Prozent, Transportarbeiter 6,01 Prozent, Holzarbeiter 5,87 Prozent, Textilarbeiter 4,07 Prozent, graphische Berufe 3,56 Prozent, Eisenbahner 3,34 Prozent, Angestellte 3,19 Prozent.

Zum Schluß seien noch einige Zahlen über die Zugehörigkeit der Kommunisten zu den wichtigsten Massenorganisationen angeführt:

Rote Hilfe 55,58 Prozent, RFB. u. RZ. 22,11 Prozent, RFB. 3,07 Prozent, RAS. 4,93 Prozent, Genossenschaft 32,87 Proz., Freidenker 31,28 Prozent, Sportorganisationen 15,74 Prozent, Mieter 9,73 Prozent.

Diese Zahlen geben ein lebendiges Bild von der qualitativ guten Zusammenfassung der SPD. Sie zeigen auch, wo der Hebel anzusetzen ist, um die Partei so auszubauen, daß sie noch enger mit den Massen der nach seinen Kräften mitarbeiten will zum Siege der Arbeiterklasse, kämpfen der Arbeiter und erst recht in revolutionären Entscheidungen erfüllen zu können.

Jeder Proletarier, ob Mann oder Frau, der mit der SPD. sympathisiert, der es ernst meint mit der revolutionären Bewegung, der nach seinen Kräften mitarbeiten will am Siege der Arbeiterklasse, muß sich jetzt in die kampferprobten Reihen der SPD. einschließen. Außerhalb aller Zellen und Ortsgruppen und aller Kommunisten ist es, jetzt an die besten Klammern gehen in Betriebe, in der Gewerkschaft, in den Massenorganisationen heranzutreten, ihnen die Notwendigkeit der politischen Organisation in der SPD. zu erklären. Besonders gilt das für die große Schaar der mit der SPD. bereits sympathisierenden SPD- und parteilosen Industriearbeiter.

Der verärfachte Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit, die Notwendigkeit der Zerstückelung der sozialimperialistischen und sozialfaschistischen SPD. machen es dringend notwendig, daß eine große Zahl neuer Bataillone die Front der revolutionären Arbeiterpartei verstärkt und jetzt in die SPD. eintritt.

Ruhhandel um die Todesstrafe

Die Todesstrafe im Strafgesetzbuch gefallen — Verschärfte Freiheitsstrafen gegen Mörder abgelehnt

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beantragte am Mittwoch zunächst die Debatte über die Unfruchtbarmachung (Sterilisierung) von Geistigminderwertigen, die wegen Straftaten sich in Anstalten befinden, und von **Gewohnheitsverbrechern**, die in Sicherheitsverwahrung gehalten werden. Sie sollen herausgelassen werden, so fordert es ein Antrag von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, wenn sie sich unfruchtbar machen lassen wollen. Genosse Alexander legte für die Kommunisten die grundsätzlichen Bedenken dar, die der Ausnahme einer solchen Bestimmung im Strafgesetzbuch entgegenstehen.

Dann begann die seit Wochen zurückgestellte Abstimmung über die **Ab Abschaffung der Todesstrafe**. Zunächst setzte eine langwierige Geschäftsordnungsdebatte ein, hervorgerufen durch einen Antrag des Ausschuhvorsitzenden Kahl, der, ein jahrzehntelanger Bestürmter der Todesstrafe, jetzt für ihre Abschaffung stimmen wollte, wenn zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilte Mörder auch nach ihrer Begnadigung noch auf mindestens drei Jahre in Sicherheitsverwahrung festgehalten und ihnen dann vielleicht noch besondere Aufenthaltbeschränkungen auferlegt würden. Kahl wollte zunächst über die Streichung der Todesstrafe abstimmen lassen, aber unter der Bedingung, daß, wenn sein Antrag abgelehnt würde, auch seine Abstimmung für die Aufhebung der Todesstrafe hinfällig würde. Gegen diese Abschaffung der Todesstrafe auf Widerruf wandten sich alle Parteien vom Zentrum über die Deutsche Volkspartei bis zu den Deutschen Nationalen.

Als Anhänger der Todesstrafe wollten sie erst den Antrag Kahl zu Fall bringen, um so seine Stimme für die Todesstrafe zu erhalten. Schon bei dieser Debatte zeigte sich, wie die Streichung der Todesstrafe aus einem grundsätzlichen Problem in einen parlamentarischen **Ruhhandel** verhandelt worden ist. Der Antrag, zunächst über die Todesstrafe abzustimmen, wurde mit Mehrheit angenommen; der Antrag der Kommunisten, die Todesstrafe grundsätzlich abzuschaffen, wurde gegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Dann stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und der Volksparteiler Kahl für die Streichung des Wortes **T o d e s s t r a f e** im Strafgesetzbuch mit zusammen 15 Stimmen. Die Anhänger der Todesstrafe enthielten sich der Abstimmung.

Nachdem so zunächst einmal die Todesstrafe für Mörder beseitigt war — sie bleibt nach Artikel 48 der Reichsverfassung für **r e v o l u t i o n ä r e** Arbeiter im Ausnahmezustand bestehen —, setzte die Debatte über den Antrag Kahl ein. Alle Anhänger der Todesstrafe wandten sich gegen ihn, weil er den Mörder noch zu „milde“ behandle.

Die Sozialdemokraten erklärten sich für den Antrag Kahl. Sie fehlten den **Ruhhandel** um die Todesstrafe fort, statt grundsätzlich für ihre Abschaffung einzutreten und gleichzeitig jede Verschärfung der Strafe gegen Mörder abzulehnen.

Die Stellung der Kommunisten begründete

Genosse Alexander:

Er sprach gegen den Antrag Kahl, nicht weil er, wie die Anhänger der Todesstrafe behaupten, zu milde sei, sondern weil er die Strafe für den Mörder noch verschärft. Er greife in das **Begnadigungsrecht** der Länder und des Reiches ein, die doch wahrhaftig nicht allzu sorgfältig mit Mördern zu verfahren pflegten; wenn nach 16 und 20 Jahren Zuchthaus ein Mörder endlich begnadigt werde, so sei eine Verlängerung der Freiheitsentziehung durch Sicherungsverwahrung eine einfach barbarische Maßnahme. Die Kommunisten lehnten weiter grundsätzlich die lebenslange Zuchthausstrafe und die Sicherungsverwahrung ab. Sie seien gewillt für die Verwahrung von gemeingefährlichen Mördern, aber nicht in Strafanstalten und strahlähnlichen Einrichtungen, sondern in Anstalten, die, ohne Strafe zuzufügen, die Sozialgefährlichkeit von der Gesellschaft isolieren. Das sei, wie der kommunistische Redner gegen die Zwischengruppe der Sozialdemokraten, daß damit die Kommunisten den Antrag Kahl zu Fall brächten und auf diese Weise der Todesstrafe zum Siege verhelfen, die einzig mögliche Stellungnahme von Sozialisten, die es ablehnten, zur Verschärfung der Freiheitsstrafen einen **Ruhhandel**preis für die Abschaffung der Todesstrafe zu zahlen.

In der Abstimmung fiel dann der Antrag Kahl, für den außer dem Antragsteller nur die Demokraten und Sozialdemokraten stimmten. In der nun wiederholten Abstimmung über die Todesstrafe wurde der Antrag auf ihre Streichung mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt und darauf der ganze § 33, der neben der Todesstrafe noch die anderen Strafarten aufzählt, gleichfalls mit Stimmengleichheit gestrichen. Da über die übrigen Strafarten, Zuchthaus und Gefängnis, auch die folgenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs handeln, die Todesstrafe aber nur im § 33 erwähnt wird, so ist mit der **A b n e h m u n g** des § 33 die Todesstrafe, wenigstens für den gewöhnlichen Mord, gefallen.

Die Taktik der Kommunisten, denen die Sozialdemokraten vorzuziehen, sie hätten indirekt die Beibehaltung der Todesstrafe durch Ablehnung des Antrages Kahl begünstigt, hat also im Gegenteil bewirkt, daß sowohl die Todesstrafe wie die Verschärfung der Freiheitsstrafen für Mörder aus dem Strafgesetzbuch in der ersten Lesung des Ausschusses verschwunden ist.

Um Huzmann

Frage einer Schülerin: „Was sind Geschlechtskrankheiten?“

Antwort der Lehrerin: „Geschlechtskrankheiten sind Krankheiten, über die ein anständiger Mensch nicht spricht, und die sich an verborgenen Stellen des Körpers befinden.“ (In einer Berliner Mädchenschule.)

Glädbeck, wo der Sexualmord an Helmut Daube begangen wurde, liegt mitten im Ruhrgebiet. Die revolutionären Stürme, die in den vergangenen Jahren durch das industrielle Herz Deutschlands peitschten, haben das Milieu des Biberkränzchens am Gymnasium der Glädbecker Bürger und Beamten nicht beseitigen können. In ihm wuchsen Daube und Huzmann heran. Als kleine Jungen erlebten sie wohl: Einwohnerwehren, Einzug der Truppen des Generals Watter auf Befehl Noskes, Entwaffnung und Niederschlagung der revolutionären Arbeiter. Das blieb aber eine ferne, vergangene Welt für sie, als sie mit dem Segen und dem Wehrauchdunst der Pfaffen zu jungen Männern heranwuchsen.

In ihrem Biberkränzchen wurde Frömmerei, „eins zu werden mit Herrn Jesu“, gelehrt. Die wohlhabenden Bürger schickten ihre Kinder in kirchliche Anstalten, schnürten sie von allem wirklichen Leben ab, stellten ihnen heillosen Mädchen mit Dubltopf und kurzen Röcken als „sündhafte“ Erscheinungen hin. Kein Wunder, daß gerade in diesem Milieu der Unausgeklärtheit der Jugend und der müffigen Borniertheit der Alten am Glädbecker Gymnasium besonders stark das dumpe Suchen der Jugendlichen in sexuellen Dingen wucherte. Kein Zufall, daß die schlüpfrige Note triumphierte und sexuelle Verirrungen zwischen den Schülern sich entwickelten. Das Frömmerei-Milieu des bürgerlichen Glädbeck bildete den Hintergrund für die Zustände unter den Primanern, die der Huzmann-Prozess enthüllte.

Der Prozess endete mit Huzmanns Freispruch „mangels an Beweisen“. Es konnte nicht nachgewiesen werden, daß Huzmann den Sexualmord an seinem Mitschüler Daube begangen hat. Entschieden konnte dieser Prozess nur dadurch, daß eine Anzahl Belastungsmomente (Blutstropfen auf den Schuhen, widersprüchliche Zeitangaben, Wachsein beim ersten Telefonanruf usw.) unstrittig gegen Huzmann vorlagen. Hinzu kommt aber — das Typische für das Glädbecker Biberkränzchen-Milieu — die Aufbedung von unreifen geschlechtlichen Beziehungen zwischen Huzmann und Daube, einer überreizten Eifersucht Huzmanns in der Beziehung zwischen den beiden. Entschieden wurde dabei die Begünstigung der Wibernatürlichkeit unter den Schülern durch das müffige Abschließen der Primaner von Mädchen, durch ihre Unausgeklärtheit, durch ihr Ueberlassen sein an instinktive Sexualhandlungen. Keine Schule, kein Erzieher half diesen Primanern. Aus den „Anbächten“ des Biberkränzchens schwankten sie, als künftige Burschenschaftler und Stahlhelmer, in Kneipen und besoffen sich. Was sie im Sauf taten, wer konnte es wissen? Weder Huzmann noch Daube, noch gar die reaktionären Eltern, die gewiß gegen jeden natürlich lebenden, aufgeklärten jungen Arbeiter alle Bannstrahlen ihrer bürgerlichen „Sittlichkeit“ ausstrahlen.

So bot der Huzmann-Prozess — von seinen Organisatoren ungewollt — einen Einblick in die Verrottung bürgerlicher „Erziehung“. Ein kapitalistisches Kulturbild kamutage, wie es mehr oder weniger ähnlich überall in der „demokratischen“ Republik entschleiert werden konnte.

Die ausführliche sensationelle Aufmachung des Huzmann-Prozesses in der bürgerlichen Presse erfolgte aber nicht, weil der Prozess diesen abschreckenden Einblick in die Glädbecker Welt des Bürgertums bot. Auch nicht die Anprangerung gewisser **P o l i z e i m e t h o d e n**, die in der Voruntersuchung den Zeugen „Schuldbeweise“ gegen den Angeklagten in den Mund legten, kam in den Berichten der Sensationsjournalen bemerkenswert zur Geltung. Lang und breit

wurde in den bürgerlichen Berichten jede sexuelle, homosexuelle, sadistische oder nicht sadistische Einzelheit aus dem Leben der Glädbecker Primaner auseinandergelagt. Man verstand es, Millionen Menschen in Deutschland die Frage „Ist Huzmann schuldig oder nicht schuldig?“ zu suggerieren, insbesondere das Interesse der Kleinbürgerlichen Leser darauf zu konzentrieren. Gerade das Klassenmäßig Unwesentliche in diesem Prozess sollte die Gemüter beherrschen. Großartig verstand es die kapitalistische Journalistik in diesem Prozess, ihre Aufgabe, Opium für die Gehirne der Mittelständler und Arbeiter zu produzieren, durchzuführen.

Das ist die prinzipiell wichtigste Feststellung zum Huzmann-Prozess. Es ist tausendmal nützlicher für die Bourgeoisie, wenn sich der Werktätige über „Schuldig oder nicht schuldig“ im Falle Huzmann den Kopf zerbricht, als wenn er seine Aufmerksamkeit der neuen Rationalisierungsoffensive der Unternehmer in der Hütten-, Wert- und Textilindustrie, den internationalen imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion und dem andauernden Wüten der Klassenjustiz gegen revolutionäre Kämpfer schenken würde. Dabei mußte jeder Klarsehende, daß sich diese Justiz gegenüber einem Huzmann, dem Sohn einer südamerikanischen Millionärin, ganz anders als gegenüber einem Jakubowski, dem unschuldig hingemordeten Landarbeiter, verhalten würde. Justizmorde auf Grund von Indizien werden niemals an Millionärsöhnen, sondern nur an Proletariern begangen.

Die Sensation um Huzmann wird in wenigen Tagen verfliegen sein. Neue Prozesse ähnlicher Art werden in ähnlicher Aufmachung von der vereinten bürgerlichen Presse dazu benützt werden, die Aufmerksamkeit der werktätigen Schichten von ihren lebenswichtigen Kampfzwecken abzulenken. Das müffige schwarze Milieu des Glädbecker Biberkränzchens, gebunden an die Herrschaft der Bourgeoisie, bleibt weiter bestehen. Erst der befreiende Sturmwind, den der siegreiche revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse entfachen wird, wird die Stidluft von Glädbeck — und nicht nur von Glädbeck — für immer hinwegfegen.

„Glos Brach“

„Glos Brach“ (Nr. 3), die revolutionäre Zeitung der polnischen Arbeiter in Deutschland, ist soeben erschienen.

Die Zeitung enthält: „Verbrecherische Vorbereitungen“. In diesem Artikel werden Polens Vorbereitungen zu einem Kriege gegen Sowjetrußland behandelt.

Der Leitartikel behandelt die Frage der Rückkehr der polnischen Saisonarbeiter nach Polen. Es wird das Glend der Landarbeiter in Polen und Deutschland geschildert, und die rückkehrenden Arbeiter werden aufgefordert, sich in ihrer Heimat in die revolutionäre Front der Arbeiter und Bauern, die von der kommunistischen Partei Polens geführt wird, einzureihen.

Im nächsten Artikel werden die wahren Ursachen des bödger Genera freiz aufzeigt. Der Teil der Zeitung, der das Leben in Polen behandelt, informiert die Arbeiter über die dort herrschenden politischen Verhältnisse und warnt die zurückkehrenden Arbeiter vor den offenen und mit revolutionären Phrasen maskierten faschistischen Parteien und militärischen Verbänden.

Am Schluß finden wir zahlreiche Korrespondenzen polnischer Arbeiter, die uns ein lebendiges Bild von dem Leben des polnischen Arbeiters auf deutschen Gutshöfen geben.

Wir empfehlen allen polnisch sprechenden Land- und Stadtarbeitern, diese Zeitung zu abonnieren und für deren Verbreitung zu sorgen. — Die Zeitung ist zu beziehen durch: A. Jadašč, Berlin C 25, Weidingerstraße 9, und kostet nur 15 Pfennige.

Kommunistische Rundgebung in Kyritz

Kyritz, 31. Oktober. Die KPD veranstaltete gemeinsam mit dem NFB aus Anlaß des Kyritzer Landfriedensbruchprozesses eine Demonstration. Genosse Hoerle forderte in einer Ansprache auf dem Marktplatz, daß die 60 Arbeiter und arbeitenden Bauern, die auf der Anklagebank von Kyritz sitzen, sofort und ohne Bestrafung zu werden freigelassen werden. Genosse Dr. Samter gestellte die deutsche Klassenjustiz. Zum Schluß sprach der Führer des Bundes schaffender Bauern, K. L. K. L., der die verbrecherische Politik der Landbundführer brandmarkte. Die Rundgebung war eine wirkungsvolle Demonstration des Bündnisses der Arbeiter mit den werktätigen Landbauern. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie des Landarbeiterverbandes versuchte vergeblich, die Rundgebung zu führen und befand sich so ihre Solidarität mit der Klassenjustiz und der realistischen Landbundführung.

Der „Vorwärts“ und die SPD-Presse in der Provinz ergehen sich in wütenden Angriffen gegen die KPD. Wegen der gestern durchgeführten wohlgeleiteten Demonstration gegen die Großagrarier und Landbundführer in Kyritz. Weil der Genosse Hoerle als Redner dort die Niedererschlagung der Verfahren der angeklagten Kleinbauern und Landarbeiter forderte, die die Landbundführer zu ihren Zwecken mißbraucht hatten, deshalb faßte die SPD-Presse vom Bündnis der „Kulaken und Kalaken“, und versucht dummkopf die Dinge so hinzustellen, als hätte sich die kommunistische Partei für den Schutz der Großagrarier und Landbundführer eingesetzt, und nicht nur für die schicksalserweise angeklagten Kleinbauern und Landarbeiter.

Die „Vossische Zeitung“ denimmt sich noch dümmere und schreibt: „Die kommunistischen Arbeiter sind mancherlei gewöhnt, und ihre Parteiführung verlangt, daß sie die tollsten Sprünge der sogenannten „Führer“-Führer, die an der Leine geführt werden, mit stummer Ergebung hinnehmen. Aber dieses neueste Stück wird ihnen doch einlige Nähe machen. Nur völliger Kadavergehörigkeit kann sich damit abfinden; daß jetzt offenbar aus irgendeiner Moskauer Weisung hin (P) die Anbiederung an die deutschnationalen Landbändler erfolgen soll.“ (1)

Was an diesen Enthüllungen und Verleumdungen wahr ist, beweist das Verlaß der „Deutschen Tageszeitung“, die über die Demonstration der KPD schreibt:

„Die zusammengefrönten Neugierigen hörten mit einigem Erlaunen die Rede des Abgeordneten Hoerle an, der namens seiner Partei die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die angeklagten Bauern und Landarbeiter, aber eine scharfe Abrechnung mit den Großgrundbesitzern forderte.“

Diese Stellungnahme der „Deutschen Tageszeitung“ zeigt am besten, daß es der SPD-Presse nur darauf ankommt, die kommunistische Partei bei ihrem Bestreben, das feste Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen den Proletariern und der armen Landbevölkerung herzustellen, zu diskreditieren und die KPD zu verleumdern. Nach der Methode „Es wird schon etwas hängen bleiben“.

Urbahnus der Kronzeuge des Antifolkschewismus

Hugo Urbahnus, dem von allen antifolkschewistischen Organisationen Deutschlands, von der Liga Stampfer bis zum Klub Hugo Berg, das Monopol auf die fabrikmäßige Lügen- und Verleumdungsproduktion gegen die KPD übertragen wurde, quält sich nun im Solde seiner Brotherrn um „Nachrichten“, die möglichst dümmt und albern sind, da er aus besseren Zeiten weiß, daß das Geschäft eines antifolkschewistischen Lügenbüros nur gedeihen kann unter der Devise: je dümmter und dreister, um so besser. Alle Plagiate und Dummheiten aus dieser antifolkschewistischen Subelücke zu erwähnen, erlaubt nicht unsere Zeit, und es ist zu schade um die Truderschwärze.

Heute wollen wir nur eine der Gießblätter vorführen, welche die „Volkswacht“ und die übrige idiosynkratische und oberflächliche SPD-Presse aus der Küche Urbahnus bezog. Es handelt sich um einen „Bericht“ über die Funktionärerversammlung Groß-Berlin in den „Sophienhöfen“, in der etwa 900 Funktionäre anwesend waren. In diesem „Bericht“ heißt es: „Ulbricht warnte vor den Knüppelmethoden des NFB gegenüber andersdenkenden Parteigenossen und Arbeitern.“ Tatsache ist aber: erstens war Genosse Ulbricht gar nicht in jener Funktionärerversammlung anwesend, und zweitens ist Genosse Ulbricht nicht nur einverstanden mit den „Knüppelmethoden“, d. h. mit der vollständigen Stellungnahme des NFB — und nur um eine solche kann es sich handeln —, da noch in keinem Orte in Deutschland bei der gegenwärtigen Parteidiskussion auch nicht der geringste Zwischenfall von Gewaltanwendungen vorgekommen ist; Genosse Ulbricht aber hat zur politischen Stellungnahme des NFB wesentlich beigetragen.

An anderer Stelle dieses „Berichtes“ heißt es: „Ebenso ist Pies als Pol-Sekretär Berlin-Brandenburg praktisch kaltgestellt, da ihm Remmele auf die Nase gesetzt worden ist.“ Was ist nun richtig? Vor wenigen Tagen hat die Subelücke Urbahnus an alle Nachrichtenbüros Europas die „Meinung“ gegeben, daß der allgemaltige Stalin den Genossen Remmele gemeinsam mit Heinz Neumann als „Diktator“ über die KPD eingesetzt habe. In welcher „Nachricht“ läßt nun Urbahnus? Ist Genosse Remmele nun „Diktator“ über die KPD, oder „nur“ über den Bezirk Berlin-Brandenburg, oder „nur“ über den Genossen Pies? Wer auch nur ein wenig Einsicht in das Wesen unseres Parteilbens hat, weiß, welche blühende Dummheit hier dem deutschen Spießbürgertum vorgelegt wird, um ihm das Gruseln über die „Anarchie“ und die „rohe Gewalt“ in der kommunistischen Partei beizubringen. Jeder Parteifunktionär in Deutschland weiß, daß der Genosse Remmele ein Mitglied unseres Zentralkomitees ist, wie die übrigen Mitglieder des ZK ebenfalls — einer unter vielen, und jeder Parteifunktionär in Berlin weiß, daß Genosse Remmele noch an jeder Sitzung oder Versammlung der Groß-Berliner Parteiförperschaften teilgenommen hat und ebenso wenig sich irgendwo in der Berliner Organisation betätigte, mit Ausnahme von zwei Versammlungen im 5. Verwaltungsbereich, er allein keinerlei Einfluß auf die Gestaltung der Diskussion in Groß-Berlin nahm.

Die Stampfer- und Jugenberg-Presse kann einem wirklich leid tun, daß ihr ein solcher schwachköpfiger Ausschneider vom Schläge Hugo Urbahnus aufliegt.

Berteidigung der Sowjetunion ist Hochverrat

Auf Veranlassung des Oberreichsanwals wurde Genosse Otto Steinke als Redakteur der „Roten Fahne“ zwecks Einleitung eines Hochverratsverfahrens (§ 86 des StGB, Abschnitt 7 des Reichsstrafgesetzbuchs) vom Amtsgericht Charlottenburg verantwortlich vernommen. Es handelt sich um einen Aufsatz des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands, überschrieben „Wegen eines neuen 4. August“, vom 29. Juli d. J. Die Voruntersuchung des Oberreichsanwals richtete sich auf den letzten Absatz dieses Aufsatzes, in dem es heißt:

„Verteidigt die proletarische Sowjetunion gegen die Kriegskräfte der kapitalistischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutsch-

Waldenburger Bergarbeiter fordern zwischentarifliche Lohnerhöhung

Mißtrauen gegen die reformistische Bezirksleitung — Der mit 1,20 Mark Stundenlohn

Am vergangenen Sonntag fand in Gottesberg eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Ueber ihren Verlauf geht und folgender Bericht zu: Die Versammlung war von ungefähr 100 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung lautete: „Die abgeschlossene Lohnbewegung und die Auswirkung auf lohnpolitischem Gebiet.“ Kamerad Ulrich eröffnete die Versammlung und erteilte dem Gewerkschaftssekretär Steinmeß das Wort. Dieser verteilte den Hungerstreikbescheid, indem er hinwies, daß die Jugendlichen einen materiellen Vorteil haben, und daß der Streik durch die Geschlossenheit eine gute Nachwirkung hat. Dagegen hätte jeder Kamerad, bis hinauf zum Reichsarbeitsminister, seine Pflicht und Schuldigkeit getan und Steinmeß forderte alle auf, dem Verband die Treue zu bewahren. Hierauf erfolgte die freie Aussprache. Sämtliche Diskussionen sprachen

erbittert gegen den schändlichen Betrug. Der elende Schiedsspruch beruht auf schweren Fehlern der Zentralstreikleitung sowie dem sozialen Unverständnis des Schlichters und des Arbeitsministers, trotzdem alle diese Stellen von Sozialdemokraten besetzt sind. Dieser Betrug sieht so aus, daß die Grubengewaltigen Millionenkredite erhalten, und noch dazu durch Kohlenpreiserhöhung gesichert sind, wogegen für die Arbeiter keine Besserung ihrer überaus schlechten Lage erzielt wurde. Wenn auch die Jugendlichen einige Pfennige erhalten, so ist das nicht ausschlagend, da ja im ganzen Revier

nur 107 Jugendliche in Frage kommen. Somit bedeutet diese Zulage keinen Verlust für die Unternehmer. Auch wurde scharf die dreieckige Schreibweise der sozialdemokratischen „Wergewacht“ kritisiert, welche ebenso, wie die Zentralstreikleitung, es demagogisch verstand, die kampfesmutige Bergarbeiterschaft einzuseifen, um den Streik abzuwürgen. Der Protest gegen diesen elenden Betrug an den niedergebrieten Bergarbeitern wurde durch Resolutionen und Anträge zum Ausdruck gebracht, welche wie folgt lauten:

Hinweg mit dem Schlichtungswesen!

„Die am 28. Oktober im „Schützenhaus“ in Gottesberg tagende Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes, Zahlstelle Gottesberg, fordert die Bekanntgabe der 156 Delegierten,

welche für Abwägung des Streiks gestimmt haben. Ebenfalls heißt die Mitgliederversammlung der Bezirksleitung ein Mißtrauensvotum aus, weil selbige für die Unternehmer elf Millionen Mark Anleihe und die Kohlenpreiserhöhung herausgeholt und für die niederschlechten Bergarbeiter einen Schandfriedensvertrag angenommen hat.

Desgleichen Auflösung des Schlichtungswesens, welches anstatt einer Besserung eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter bringt und jeden Kampf der Arbeiterklasse unterbindet. (Mit allen gegen vier Stimmen angenommen.)

„Die am 28. Oktober im „Schützenhaus“ in Gottesberg tagende Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes, Zahlstelle Gottesberg, beantragt sofortige zwischentarifliche Lohn-erhöhung, da der Streik den Grubengewaltigen Staatskredite und Kohlenpreiserhöhung sowie Frachtermäßigung gebracht hat. Wir fordern, daß in sämtlichen Revieren ein Stundenlohn von 1,20 Mark zur Durchführung gebracht wird.“ (Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.)

Dem Sekretär Steinmeß gefielen diese Anträge allerdings nicht, aber die Kumpels forberten, daß er sich mit diesen „Küh-handel“ Schluß gemacht wird. Unter „Anträge und Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß diejenigen Invaliden, die unter dem alten Tarifvertrag invalide geworden sind, die Deputatentzölle erhalten. Es ist aber eine Härte für diejenigen Invaliden, die nach dem Oktober 1927 aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, und keine Kohle erhalten. Desgleichen wurde gefordert, daß in der nächsten Mitgliederversammlung endlich der Bericht von der Waldenburger Generalversammlung gegeben wird. Hierauf schloß Kamerad Ulrich die Versammlung und ermahnte die Kollegen, im Kampfe um bessere Lebensbedingungen nicht zu erlahmen.

Waldenburger Bergarbeiter, folgt in allen Zahlstellerversammlungen dem Gottesberger Beispiel!

Sprecht der reformistischen Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes das schärfste Mißtrauen aus!

Kämpft gegen das Schlichtungswesen an!

Verlangt sofortige zwischentarifliche Lohn-erhöhung!

Land, für Euch, für uns kann es nur einen Krieg geben, den Krieg aller Werktätigen gegen das Kapital, den Krieg der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie!

Besonders der letzte Absatz der Manifestation des Zentralkomitees der KPD, hat es dem Oberreichsanwalt angefallen. Dort heißt es:

„Füllt den Kriegstreibern in den Arm, bereitet den 7. November auch für Deutschland vor, den Tag, von dem an Deutschland keinen imperialistischen Krieg mehr führen wird, den Tag, an dem die Arbeiter die Herrschaft des Sozialismus und des Friedens errichten werden!“

In derselben Nummer der „Roten Fahne“ findet sich ein Aufsatz der Berliner Parteioffiziere der KPD, der kommunistischen Jugend und des Roten Frontkämpferbundes. Der Oberreichsanwalt erkundete auch die Aufrüttelung der werktätigen Massen gegen einen neuen 4. August für Hochverrat. In dem von ihm inkriminierten Absatz heißt es wörtlich:

„Nieder mit den sozialdemokratischen Führern, die die Vorbereitung zum nächsten imperialistischen Krieg deden! Für die Verteidigung Sowjetlands, der großen proletarischen Friedensmacht der Welt. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, das ist der revolutionäre Kampf an der Seite der kommunistischen Partei, der kommunistischen Internationale, gegen die Ausbeuter der Welt und ihre reformistischen Lakaien.“

Bei seiner Vernehmung erklärte der Genosse Steinke, daß er die volle presserechtliche Verantwortung für die betreffenden Aufsätze übernehme, und er lehnte es kategorisch ab, sich in der Voruntersuchung zu äußern, erst in der Hauptverhandlung werde er den werktätigen Massen Deutschlands Rede und Antwort stehen.

ArbeiterSport Die Front der Spalter bröckelt

Der Arbeiter-Turnverein Berlin-Weißensee gehörte bisher zu den sogenannten „Bundestrainern“ Vereinen. Der Verein hatte den Revers des Bundesvorstandes unterschrieben. Trotzdem bestand im Verein eine Opposition, die sich gegen die Ausschlußpolitik des Bundesvorstandes zur Wehr setzte. Gegen diese Vereinsmitglieder wollte der Bundesvorstand mit Ausschlüssen vorgehen und forderte insbesondere in den letzten Tagen den Ausschluß der oppositionellen Fußballabteilung. Aber Selter hatte in diesem Falle wieder einmal die Stimmung der Mitglieder untergraben. In der letzten Generalversammlung wurde mit 140 gegen 9 Stimmen beschloffen, die Forderung des Bundesvorstandes nicht durchzuführen. Der Verein zog weiter seine Unterschrift unter den Revers zurück und bekannte sich zu dem alten rechtmäßigen Berliner ArbeiterSportkartell. Der Spaltungskurs des Bundesvorstandes öffnet den ArbeiterSportlern immer mehr die Augen. Das Vorgehen des Bundesvorstandes führt zu einer kühnen Vertiefung der oppositionellen Front.

Arbeiter-Athleten-Bund, Kreis I, Schlesien. Sonntag, den 4. November, 9 Uhr vormittags, im Volkshaus zu Liegnitz erweiterte Kreisvorstandssitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Kartellangelegenheiten Berlin-Halle. 2. Zentralkomitee und Arbeiter-Athleten-Bund. 3. Kreisangelegenheiten. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen notwendig.

Freizeitpartei. Verhandlungsausschuß. Am 5. November, 9 Uhr folgende Sportgenossen geladen: 20 Uhr (Einspruch) 21.06. Vorwärts gegen Ostwilt, dazu haben zu erscheinen beide Vereinsvertreter, Schiedsrichter Franz, Jungen stellen die Sperle selbst. 20.30 Uhr: Vereinsvertreter Diana-Kösel und St. Spartia. 21.15 Uhr: Franke, Schmidt, Kapotte Jr. Sportfreunde sowie Schiedsrichter Schwanke (1924) und Reimann (Spartia). 21 Uhr: Einspr.

Schauermann (Fr. Sportfreunde) und Gerhard Hobst (West) sowie Schiedsrichter-Omann Säger. 21.15 Uhr: Otto Scheller (Wratk-Lania) sowie Schiedsrichter-Kronig. 21.30 Uhr: Knoblich (West) sowie Schiedsrichter-Dittrich (W.F.). 21.45 Uhr: Vereinsvertreter Herrmannsdorf. 22 Uhr: Vereinsvertreter Wratk-Lania.

Schiedsrichterbetretung. Montag fällt die Schiedsrichter-Versammlung aus, da eine Vereinsvorstände-Sitzung stattfindet. Mittwoch findet der dritte Kurzausabend der Schiedsrichter-Prüfung statt. Treffpunkt 20 Uhr Omann Riple, Frankfurter Straße 72.

Sportvereinigung Nordost. Vorabteilung. Alle Weger erscheinen heute Freitag zum Pflichttraining und zur Aufstellung einer Mannschaft für Ostlich in der Andersjens Schule.

Freie Sportvereinigung 1897. Jugendabteilung. Handballspiel ist Sonntag vor mittag. Näheres Freitag in der Turnhalle Sauerbrunn.

Arbeiter-Radsportverein. Sonntag Vereinsausfahrt. Start 13.30 Uhr Ring. Ziel wird am Start bekanntgegeben. Motorfahrer nach dem Schießertal. Start 8 Uhr Friedeberg.

Freiburg. Arbeiter-Wassersportverein. Sonnabend, 19.30 Uhr, Versammlung im „Gasthof zum Kronprinzen“. Im Anschluß gemütliches Beisammensein mit Musik. — Wir haben mit dem Hallentraining in der städtischen Turnhalle begonnen. Regelmäßiges und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Weißstein. Fußball. Am Sonntag standen sich die Gruppenmeister der dritten Gruppe Weißstein I und II und der zweiten Gruppe Striegau II im Entscheidungsspiel auf dem Freiburger Platz gegenüber. Am Anfang konnte sich Weißstein nicht finden, und schon sah es aus, als ob die Striegauer Sieger werden sollten. Mit 3:1 für Striegau ging es in die Pause. Nach dieser spielte Weißstein mit Wind, und jetzt gelang es ihnen, den Ball sechsmal ins Tor zu befördern. Mit 7:3 für Weißstein wurde das Spiel abgepfiffen, und somit ist Weißstein Bezirksmeister. — Handball. Auf dem Weißsteiner Sportplatz erschien Stadtpark II, um gegen Weißstein II das Serienpiel auszutragen, das 0:1 für Weißstein endete. Hermsdorf I spielte gegen Weißstein I. Weißstein trug einen hohen Sieg davon. Eine Niederlage hatte Hermsdorf zwar erwartet, aber 0:10 für Weißstein war etwas reichlich.

Waldenburg. Arbeiter-Athletenbezirk. Am Sonntag begannen die Kraftsportvereine des hiesigen Bezirkes mit den Kämpfen um die Bezirksmeisterschaft 1928/29. Im Ringen (A-Klasse) stehen sich am Sonntag im „Ebelstein“ die Mannschaften von Waldenburg, Wittmayer, Dittersbach, Tannhausen, Wüstenaltdorf, Neu-Krausen-dorf und Nieder-Salzbrunn gegenüber. Titelverteidiger ist der Verein „Spartania“ Waldenburg. Ob sich die Mannschaft von Waldenburg in diesem Jahre erfolgreich behaupten wird, ist noch zu bezweifeln, zumal Dittersbach und auch Tannhausen über gute Kräfte verfügen. Die übrigen Mannschaften sind noch weniger bekannt, doch dürfte es, wie ja beim Ringen üblich, Überraschungen geben. Die Kämpfe werden von Breslauer Kampfrichtern geleitet. Freunden der Schwert-athletik dürfte der Besuch dieser Veranstaltung zu empfehlen sein.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Nur noch heute um 5 und 8 Uhr

„Sühne“

nach einer Erzählung von Jack London

Dazu: Radiofreuden Welle 505 - Schönheiten am Amazonasstrom Jugend verboten! Uebliche Preise!

Arbeiter-Sportkartell Breslau E. V.

Breslau

REVOLUTIONSFEIER

ZUM 11. JAHRESTAG DER SIEGREICHEN RUSS. REVOLUTION
am 9. November 1928, 20 Uhr
im großen Schießwundersaal

Es spricht ein Vertreter des Zentralkomitees der K. P. D. / Die Arbeiter-schauspieler-Truppe „DIE TROMMLER“ bringt eine politische Revue „Alle Macht den Sowjets“, die in 37 Bildern den Gang der politischen Ereignisse in Russland von März bis November 1917 zeigt.

Eintrittspreis: 50 Pfg., Erwerblose 25 Pfg.



Der erste Tag

Gestern ist die neue Verkehrsordnung in Kraft getreten. Nach außen machte sie sich durch eine Menge neuer Verkehrszeichen, durch Richtungszeichnungen auf den Bürgersteigen, doppelte Verkehrszeichen der Polizei usw. bemerkbar. Die Straßenbahnfahrer wurden nervös, wenn sie an den verstopften Straßenkreuzungen an sechster oder siebenter Stelle halten mußten, und die Fahrgäste fluchten, wenn die neue Einleitführung der Straßenbahn sie ganz woanders hinführte, als beabsichtigt war.

Etwas, was gegenüber früher angenehm aussah: Polizei und sonstige Menschen mit Uniform und Befehlsgewalt schienen gestern ihren „Pflichterfüllungstag“ zu haben. Führ jemand mit seinem Rade oder Fuhrwerk „gegen den Strich“, dann wurde der Sünder nicht sofort aufgeschrieben, sondern — o Wunder — es gab sogar Polizeibeamte, die den gewöhnlichen, unwissenden Sterblichen lächelnden Mundes in die Geheimnisse der neuen Verkehrsordnung einweiheten. Und das wünschten wir immer zu sehen!

Ob die Neuordnung des Straßenverkehrs zweckmäßig ist, scheint nach dem gestern Gesehenen zweifelhaft zu sein. Endgültig wird sich das aber erst in der nächsten Zeit zeigen. Betont sei jedoch, daß es so, wie es bisher war, kaum noch weiterging, schon im Hinblick auf die von Monat zu Monat steigende Zahl der Verkehrsunfälle.

Kurt Klüber in Breslau

Im Rahmen eines Autorenabends des „Arbeiter-Bildungsausschusses“ las Genosse Kurt Klüber am Mittwoch im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses aus seinen Werken.

Dank der sozialdemokratischen Einstellung des Arbeiter-Bildungsausschusses (die Anündigung war nur in der „Volksmacht“ veröffentlicht) war der kleine Saal schlecht besetzt. Kurt Klüber trug zuerst aus seinem Gedichtband „Rebellion“ vor. Großen Eindruck hinterließen die beiden Skizzen „Die Frauen“ und „Die Barrikaden“, zwei Erzählungen aus den Kapiteln. Den Abschluß bildeten einige Kapitel aus dem Roman „Passagiere der dritten Klasse“.

Genosse Kurt Klüber spricht am 14. November im Rundfunk. Kein Rundfunkhörer sollte es versäumen, diesen Arbeiterdichter zu hören.

Ein Kommunistenhafter gestorben

Der frühere Gewerkschaftssekretär Uderhold, der im Zentralverband der Angestellten im Kampf gegen die Kommunisten eine führende Rolle gespielt hat, ist, wie die „Volksmacht“ berichtet, nach längerem Leiden gestorben. Da für uns der Epischer und Heuchlergrundlag, daß man den Toten nur Gutes nachreden soll, nicht gilt, wir vielmehr der Ansicht sind, daß das Sterben kein Verdienst und kein Grund zum Verschweigen der Wahrheit ist, erinnern wir daran, daß Uderhold die Verkörperung der Intrige, der Unwissenheit und der Verhüllung innerhalb der Breslauer Gewerkschaftsbewegung war. Unfähig zu einem ideologischen Kampf, nahm er bei der Paz gegen die Kommunisten im Zentralverband seine Zuflucht zu den niedrigsten Mitteln persönlicher Gehässigkeit. Er legte die Kasse der Verbandsbeschlüsse so insam aus, daß es keinem Angestellten in einem kommunistischen Betrieb möglich war, Mitglied des Zentralverbandes zu werden. Noch mehr. Als einer unserer Genossen, der in der Vorkriegszeit bereits dem Verband angehört hatte, infolge monatelanger Inhaftierung beim besten Willen nicht in der Lage war, seine Verbandsbeiträge zu bezahlen, benutzte Uderhold diese Gelegenheit, um ihm seine Mitgliedschaft im Verband zu rauben. Den Wiedereintritt unseres Genossen in den Verband mußte er ebenfalls zu verhindern. Zur Vervollständigung des Charakterbildes dieser von der „Volksmacht“ gepriesenen „Führerpersönlichkeit“ sei noch erwähnt, daß Uderhold denselben niedrigen Kampf wie gegen die Kommunisten auch gegen seine einstigen Freunde Schramm vom JdA führte, und es mit Hilfe von Wachsnier, Urbahn und Konforten verstand, Schramm trotz Protest der Mitgliedschaft aus seiner Stellung zu entfernen.

Eine Polizeiwache belagert

Vorgestern abend wurde auf der Frankfurter Straße ein Zimmermann festgenommen. Er sollte nach der Wache geschafft werden. Eine große Menschenmenge begleitete den Aufzug und man nahm gegen die Polizei Stellung. Die Ansammlung wuchs immer mehr an. Schließlich belagerten gegen 600 Personen die Wache, die die Freilassung des Festgenommenen verlangten. Der Polizeibericht meldet sogar einen „verheerenden Sturmangriff“, der aber durch das „heldenmütige“ eingreifende Leberfallkommando, das die Belagerten auseinandertrieb, vereitelt wurde.

Er muß noch zurückzahlen

Ueber Entschädigungsansprüche in Höhe von 1000 Mark klagte vor dem hiesigen Arbeitsgericht der Detonator Schöckler gegen die Detonationsfirma Gebr. Wolff. Ein Anstellungsvertrag, der am 9. April in Kraft treten sollte, wurde von der Firma Wolff für ungültig erklärt, da der Kläger verschwiegen hatte, daß er früher bei der Firma Adler als Detonator beschäftigt war. Der Kläger behauptete, der Grund sei, daß bei einer Reihe von Projekten auch einige dunkle Steuerangelegenheiten an die Öffentlichkeit gekommen wären. Der Beklagte erklärte, wenn Schöckler nicht verschwiegen hätte, daß er früher bei Adler beschäftigt war, würde er sich bei diesem erkundigt haben, und der Vertrag wäre nicht zustande gekommen. Problem ein weiterer Zeuge aussagte, daß eine direkte Kränze nach Adler nicht gestellt wurde, nahm das Gericht an, daß die Firma des Vertrages wegen Verschweigens einer wichtigen Tatsache schuldhaft war und mußte die Kränze ab. Zudem wurde noch eine Vorkaufzahlung der Gebr. Wolff in Höhe von 300 Mark anerkannt, so

Besitz- oder Massensteuern?

Der Kampf um das sieben-Millionen-Defizit — Einige Bemerkungen zur Gewerbe- und Grundvermögenssteuer

Von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion erhalten wir folgende Zuschrift:

Seit Wochen tobt in den städtischen Körperschaften der Kampf um den Nachtragsetat der Stadt Breslau. Rund sieben Millionen Mark fehlen den Verwaltungen zur Durchführung ihrer Aufgaben. Ueber sechs Millionen Mark beansprucht allein das Wohlfahrtsamt. Dabei spielt die Deckungsfrage eine ausschlaggebende Rolle. Zum besseren Verständnis der Entstehung des Fehlbetrages sei kurz auf die Vorgeschichte dieser Angelegenheit eingegangen.

Der diesjährige Etat ist noch vor der Neuwahl von der alten Stadtverordnetenversammlung mit der bürgerlichen Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten verabschiedet worden. Die Plananlage für das Wohlfahrtsamt, Leistungen für Arbeitslose usw. waren so gering, daß vorausgesehen war, diese Mittel reichen im entferntesten nicht aus, um die dringlichsten Aufgaben zu erfüllen. Hingru kommt noch, daß das diesjährige Hauptextrabudget erheblich schlechter ausgestattet ist, als in früheren Jahren. Aus diesem Etatposten werden die Mittel entnommen zur Verstärkung von Einzelplänen, für unvorhergesehene und außerordentliche Zwecke und für die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter. Im Haushaltsplan 1927 wurden eingesetzt für die vorgenannten Zwecke 4.846.800 Mark, für 1928 nur 1.624.800 Mark. Während der Etatberatungen im Ausschuss wurde bekannt, daß der Magistrat von sich aus schon 7,5 Millionen Mark vom Etat des Wohlfahrtsamtes gefordert hätte. Alle Anträge auf Verstärkung des Etats wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. In der Begründung des Magistrats zum Stadthaushaltsplan für 1928 heißt es, daß trotz erheblicher Kürzungen beim Wohlfahrtsamt und Durchführung aller Einzelpläne immer noch ein Fehlbetrag von 5,8 Millionen Mark vorhanden sei.

Zur Deckung der 5,8 Millionen Mark hätten nach Meinung des Kammerers folgende Steuer- und Gebührenfestsetzungen vorgenommen werden müssen: Der Zuschlag bei der Grundvermögenssteuer von 225 auf 250 Prozent, bei der Gewerbesteuer vom Ertrage von 400 auf 600 Prozent, bei der Gewerbesteuer vom Kapital von 980 auf 1500 Prozent. Der Preis für Gas von 19 auf 21 Pfennig, je Kubikmeter, für Wasser von 23 auf 25 Pfennig je Kubikmeter, für Elektrizität von 45 auf 47 Pfennig je Kilowatt-Stunde.

Durch weitere Kürzungen bei den einzelnen Etatposten zur Durchführung sozialer Aufgaben hat auch der Magistrat diese 5,8 Millionen noch „eingespart“.

Bei der endgültigen Festsetzung des Haushaltsplanes wurde die Gewerbesteuer in der gleichen Höhe festgesetzt wie für das Etatsjahr 1927, während der Gemeindeforschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer von 200 auf 250 Prozent erhöht wurde. Durch die Auszahlung der Wirtschaftshilfe für Gewerbetreibende, der teilweisen Uebernahme der Erwerbslosen aus der Krisenfürsorge durch die Stadt, der Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter, der zehnprozentigen Erhöhung der Mischsätze für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und zur Durchführung weiterer Notstandsarbeiten im kommenden Winter werden die 7 Millionen Mark benötigt. Der Kammerer erhofft, daß durch Mehrüberweisung von Steuern durch das Reich und durch größere Betriebsüberschüsse der städtischen Betriebe etwa 2 Millionen Mark bis zum Schluß des Etatsjahres noch eingehen werden. Für die restlichen 5 Millionen Mark verlangt er sofortige Deckung. Die zehnprozentige Erhöhung der Mischsätze und die Bereitstellung von Notstandsarbeiten im kommenden Winter macht der Magistrat davon abhängig, daß die städtischen Körperschaften die notwendigen Mittel bereitstellen. Der Dedungsvorschlag des Kammerers ging dahin, Grundvermögens- und Gewerbesteuer prozentual zu erhöhen, aber auch gleichzeitig eine Erhöhung der Wertgebühren vorzunehmen. Die Annahme, dieses Dedungsvorschlags würde eine erhebliche Mehrbelastung der minderbemittelten Bevölkerung bringen. Deshalb waren auch die bürgerlichen Fraktionen bereit, diesem Vorschlag zuzustimmen. Der Sprecher der kommunistischen Fraktion erklärte im Ausschuss, daß die Kommunisten den Dedungsvorschlag des Kammerers ablehnen werden. Die Grundvermögenssteuer sollte nach dem Vorschlag des Kammerers von 250 auf 300 Prozent erhöht werden. Bei den bisherigen amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats wurde die Erhöhung des Gemeindeforschlages der Grundvermögenssteuer so verteilt, daß damit automatisch eine prozentuale Erhöhung der Miete eintritt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann der über 100 Prozent hinausgehende Zuschlag auf die Miete verteilt werden. Bei 250 Prozent Gemeindeforschlag in Breslau und nach der bisherigen Praxis der Bekanntmachungen durch den Magistrat waren in Breslau 6 Prozent über den gesetzlichen Mietzuschlag zu zahlen. In den Debatten über den Haushaltsplan wurde immer darauf hingewiesen, daß die Hausbesitzer, veranlaßt durch die Bekanntmachung des Magistrats, von den Mietern mehr erheben, als sie an die Steuerverwaltung abführen. Die Hausbesitzer ziehen bei 100 Prozent Gemeindeforschlag 4 Prozent Miete ein, während das wirkliche Mehr nur 3,1 Prozent ausmacht. Durch Beschluß des Staatsausschusses und der Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat nunmehr verpflichtet worden, die Hausbesitzer zu veranlassen,

die Grundvermögenssteuer auf die gesamten Miete eines Hauses anzuheben und nicht eine prozentuale Erhöhung der Miete einzutreten zu lassen.

Aus diesem Grunde hat die kommunistische Fraktion dem Antrage des Staatsausschusses, der eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 25 Prozent vorschlägt, zugestimmt, da durch Änderung des Umlageverfahrens eine weitere Belastung der Mieter nicht eintritt.

Der Kammerer hatte weiter in seinem Dedungsvorschlag gefordert, die Gewerbesteuer vom Ertrage von 400 Prozent auf 640 Prozent und vom Kapital von 980 auf 1500 Prozent zu erhöhen. Nach dem Antrage zum Haushaltsplan für 1928 war er der Auffassung, daß die Gewerbesteuer eine größere Anspannung ertragen könnte. Er hatte dem als Vorschlag gebracht, die Gewerbesteuer sehr stark zur Deckung des Fehlbetrages heranzuziehen, und zwar mit 600 Prozent vom Ertrage und 1500 Prozent vom Kapital. Die Gewerbesteuer ist eine indirekte Steuer. Mit dieser Begründung hat unsere Fraktion bisher eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer abgelehnt. Bei näherer Prüfung der Steuererträge aus der Gewerbesteuer ergibt sich jedoch, daß nur ein geringer Teil der Gewerbetreibenden zu dieser Steuer herangezogen wird. In Breslau sind ungefähr 40.000 Gewerbetreibende vorhanden. Eine Erhebung der Gewerbesteuer vom Ertrage tritt nicht ein bei einer Verdienstgrenze bis 1500 Mark jährlich, während die Gewerbesteuer vom Kapital nicht erhoben wird bei einem Anlagekapital bis 8000 Mark. Im Jahre 1927 wurden von den 40.481 in Breslau vorhandenen Gewerbetreibenden 17.131 zur Gewerbesteuertragsteuer herangezogen. Von diesen zahlten 8409 einen jährlichen Grundbetrag von 6 Mark, d. h. also, daß sie nach den Ausschlußanträgen (600 Prozent Zuschlag) 42 Mark Jahressteuer bezahlen müßten (bei einem Ertrage bis zu 2700 Mark). Zur Gewerbesteuertragsteuer wurden nur 6168 Gewerbetreibende herangezogen, 3209, d. h. mehr als die Hälfte, zahlten einen jährlichen Grundbetrag von 5 Mark. Nach den Ausschlußvorschlägen (1480 Prozent) würden sie 70 Mark jährlich entrichten müssen. (Diese Stufe umfaßt eine Kapitalanlage von 8000 bis 10.000 Mark.)

Nach dem Dedungsvorschlag des Kammerers sollte auch eine allgemeine Erhöhung der Wertgebühren eintreten, und zwar sollte der Gaspreis um 2 Pfennig, der Elektrizitätspreis um 2 Pfennig und der Wasserpreis um 1 Pfennig heraufgesetzt werden. Bei dieser allgemeinen Erhöhung der Wertgebühren würde eine starke Belastung der wertaktiven Schicht der Breslauer Bevölkerung, die die Hauptabnehmer des Koch- und Leuchtgases sind, eintreten. Mit der Erhöhung des Wasserpreises würde die Grenze überschritten und der Hausbesitzer ermächtigt werden, die Kosten für den Wasserverbrauch auf die einzelnen Mieter umzulegen. Etwas anders liegen die Verhältnisse bei der Erhöhung der Elektrizitätspreise. Abgesehen von den Geschäften und sonstigen gewerblichen Betrieben, die Licht und Kraft aus den städtischen Betriebswerken beziehen, sind in Breslau von 150.451 Wohnungen nur 24.330 mit elektrischer Beleuchtung versehen. Ueber die Verteilung dieser Wohnungen gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

Wohnungszahl	Zahl der vorhandenen Wohn.	Zahl d. Wohn. m. elektr. Ansl.
1-Zimmer-Wohnungen	58.686	1.617
2-Zimmer-Wohnungen	47.807	5.609
3-Zimmer-Wohnungen	24.184	7.686
4-Zimmer-Wohnungen	9.579	4.712
5-Zimmer-Wohnungen	4.539	2.683
6-Zimmer-Wohnungen	2.043	1.298
7-Zimmer-Wohnungen	850	539
8-Zimmer-Wohnungen	339	179
9-Zimmer-Wohnungen	127	47
10-Zimmer-Wohnungen	176	89
Zusammen	150.451	24.330

Bei diesen Verhältnissen ist die Möglichkeit gegeben, einer Erhöhung der Preise für elektrisches Licht und Kraft näherzutreten. Hingru kommt noch, daß augenblicklich eine Vorlage des Magistrats zur Beratung steht, die eine Verbilligung der Preise für elektrisches Licht und Kraft für die kleinen Abnehmer bringen soll.

Unsere Fraktion ist aus all diesen Gründen dem Vorschlag des Staatsausschusses gefolgt. Sie hat dabei keinen Zweifel gelassen und durch eine Erklärung ausdrücklich unterstrichen, daß die Zustimmung zu dem Beschluß des Staatsausschusses

feinerer Bindung

für die künftige Gestaltung ihrer Kommunalpolitik enthält. Dieser Vorbehalt ist besonders wichtig angesichts der in einigen Monaten beginnenden Beratungen über den Haushaltsplan für das Jahr 1929. Die Zustimmung der Fraktion zu dem Beschluß des Ausschusses über die Dedungsvorlage ist ausschließlich erfolgt wegen der Verbindung der auszubringenden Mittel. Nach gründlicher Prüfung und bei Berücksichtigung der Verhältnisse in den städtischen Körperschaften, bei der Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den einzelnen Vorschlägen, konnte die Fraktion ohne Aufgabe ihrer grundsätzlichen Stellung zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Kommunalpolitik augenblicklich keinen anderen Weg gehen, als dem Beschluß des Ausschusses ihre Zustimmung zu geben.

Achtung! Parteimitglieder vom Stadtteil Nord

Heute, Freitag, 19.30 Uhr, im Bergkeller
Wichtige Mitglieder-Versammlung

Alle Parteigenossen, welche die Einheit und Geschlossenheit der Partei gegenüber den Spaltern zu verteidigen gewillt sind, müssen erscheinen. — Mitgliedsbuch mitbringen!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau
— Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr Mitternachtsversammlung im Beschlusloß.
— Stadtteil Zentrum, Freitag 20 Uhr im „Luzernhof“, Neue Antonienstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Funktionäre erscheinen um 19 Uhr, Ortsleiter, Sonnabend 20 Uhr wichtige Mitternachtsversammlung im „Berliner Hof“. Referent: Genosse Böllwiese-Breslau.

Kommunistischer Jugendverbo
In alle Ortsgruppen!
Beitragzahlungen sind nur auf das Postfachkonto 25121 zu leisten.
Breslau
— Agitatortruppe, Freitag 20 Uhr Probe bei Reimann, Neue Antonienstr. 2.

Jung-Spartakus-Bund
Kriegsflug nach Vorderbrände. Abreisen 8 Uhr Bedwiasplatz. Rückkehr mit der Bahn. 30 Pfennig und Probant mitbringen.

Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
— Abt. 3. Sämtliche Funktionäre Freitag von 6-8 Uhr bei Schneider teillos beim Hauptkassierer abrechnen. Wer nicht erscheint, wird zur Verantwortung gezogen.
— Abt. 5. Sonnabend Plakatzeit der Kolonist von 20 Uhr an am Blücherplatz.

— Abt. 4. Sonnabend 19.30 Uhr in den „Ambrinus-Sälen“, Sönge Gasse 82, Kameradschaftsabend mit Familien. Sämtliche Kassierer müssen trotzdem alle Kameraden für Sonnabend einladen.
— Abt. 6. Sonnabend 19 Uhr bei Sauer über. — Sonntag 19 Uhr bei Sauer mit Ravelle antreten.
Mittelfrei, Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend.
Görlitz, Sonntag 10 Uhr Untergau-Konferenz „Union“ Bierhäuser, Bangenstraße. Alle Ortsgruppen im Untergau müssen teilnehmen. Vertreter der GA. anwesend.

Sonstige Organisationen
Breslau
— Internationaler Bund, Freitag 19.30 Uhr Versammlung Neumarktstraße 21. Funktionäre um 19 Uhr.
— Rote Hilfe, Werkstatt, Freitag 20 Uhr General-Mitgliederversammlung bei Böllwiese, Werkstatt. Referent: Genosse Walter.
— Arbeiter-Operetten-Gruppe, Freitag 20 Uhr im „Opernhaus“, Weinhausstraße 35, Monatsversammlung. Tagesordnung: „Der Gastwirt“, „Der Schindler“.

— Arbeiter-Operetten-Gruppe, Sonntag 14 Uhr Monatsversammlung im Feuerwehrrathaus.
Freiburg, Freitag 19.30 Uhr. Am 9. November findet der erste Parteitag unterricht zur Jugendbewegung statt. Anmeldungen sind bald an Wolf Geiser, Freiburg, Badweg 12, zu richten.

Mittelschlesien

Brieg. Parteigenossen und K.F.B.-Kameraden! Sonntag 9 Uhr Restaurant „Weinberg“ alle Parteigenossen, um 10 Uhr sämtliche K.F.B.-Kameraden.

— Auf der Landstraße überfallen. Auf der Chaussee zwischen Jägerndorf und Pawlau wurde ein Reisender aus Breslau, der sein Fahrrad führte, weil er kein Licht hatte, von zwei zu Rade gekommenen Männern überfallen, mißhandelt, bis er bewußtlos liegen blieb, und seiner Brieftasche beraubt, die etwa 30 Mark und seine Ausweispapiere enthielt.

Nur der Genesse

erhält ein neues Mitgliedsbuch für 1929, der sich von seiner zuständigen Zeitung einen Fragebogen ausfüllen und eine Kontrollkarte fleben läßt.

Waldenburger Bergland

Unser kleinster Kamerad

Tuberkulose ist eine fast unheilbare Proletariatskrankheit. Sie ist meistens zurückzuführen auf die schlechte Ernährung und die miserablen sanitären und nassen Wägen, welche die Arbeiter bewohnen. Die Kinder der Reichen kennen diese Krankheit kaum, denn sie haben ja immer satt zu essen, gute Pflege, hübsche weiche Betten, gesunde Räume, Spielplätze usw. Wenn sich der Keim einer Krankheit bemerkbar macht, werden die Kinder der Reichen sofort in ärztliche Behandlung gegeben. Nicht nur das, sie werden sofort zur Erholung in ein Bad geschickt, und der Krankheitskeim wird sofort getötet. — Der reiche Vater hat ja Geld, welches er aus den Knochen der Arbeiter herauspreßt.

Anders aber ist es mit den Proletariatskindern. Sobald sie ein paar Wochen auf der Welt sind, muß ihnen schon meistens die Muttermilch entzogen werden (in vielen Fällen, um damit als Amme — gegen geringe Bezahlung — die Kinder der Reichen zu füttern). Sobald das erste ein paar Monate ist, steht das zweite schon vor der Tür; dann folgen schnell hintereinander das dritte, vierte, fünfte, sechste usw. Der Lohn des Vaters ist so „hoch“, daß nicht einmal das Notwendigste für das Kind dafür kann gekauft werden. Ohne von den anderen zu sprechen; haben doch die meisten Arbeiter vier, fünf und sechs Kinder, ja sogar noch mehr. Wie sollen die von den paar Groschen, die der Vater verdient, ernährt werden?

Die Mutter ist gezwungen, schon ein paar Wochen nach der Geburt des Kindes ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um das Notwendigste für die Erhaltung des Kindes zu schaffen, wobei sie ihre eigene Gesundheit immer auf das Spiel setzt.

Das Proletariatskind ist schon von der frühesten Jugend auf sich selbst angewiesen. Keine Kinderwärterin, keine Spielzimmer, keine weichen Federbetten, sondern sie schlafen auf Strohhalm in nassen Wohnungen, Aufenthalt in dunstigem von Kohlenstaub angefülltem Raum, sich selbst überlassen, ohne Aufsicht, ohne Hilfe — das ist das Los der Arbeiterkinder. Das ist das Los unsere kleinsten Kameraden. Fünf Jahre hat der Krankheitskeim (Tuberkulose) den Kleinen gequält, und heute hat diese Proletariatskrankheit den Sieg über den kleinen Krieger davongetragen. Noch ist uns frisch in Erinnerung, wie unser kleiner Kamerad mit seiner Trommel bei der letzten Land-Verberer-Veranstaltung des KZV in den Reihen des Tambourkorps marschierte. Alle Leute blieben auf der Straße stehen, um sich den kleinen roten Trommler anzusehen. Unser Freund ließ sich nicht beirren,

munter und stolz hielten seine kleinen Beinchen mit den großen Kameraden Schritt.

Wir wollten es selbst nicht glauben, daß der Kleine, kaum fünf Jahre alt, tatsächlich trommeln konnte; doch wir mußten uns überzeugen, daß er alle Märsche sicher mitspielen konnte. Schon über ein halbes Jahr hatte er den Broden des Tambourkorps beigegeben.

Er konnte nicht die Zeit abwarten; wenn er Musik hörte, dann sprang er auf und rief: Trommel! Trommel! Trommel! Vater!

Und nun? Wer hätte das gedacht? Immer ein so munterer, heiterer Kerl, immer aufmerksam, etwas zu lernen, in jeder Versammlung war er zu sehen. Da plötzlich — er ist krank — er kommt ins Krankenhaus — schon nach acht Tagen — er ist an Tuberkulose-Gehirnhaut-Entzündung — gestorben. Die Rot-Front-Kameraden können es nicht fassen. Unmöglich — unser kleiner Trommler — gestorben?

Unfassbar — unser kleiner munterer Kamerad — tot. O verfluchtes System — das System der Ausbeutung und Unterdrückung. Die Gesellschaft, die Väter und Brüder in vierjährigem Ringen um ihre Profite halber ermordete.

Die Gesellschaft, die unsere Mütter und ihre Kinder elend verhungern und verderben läßt, derweil sie kaufen und prassen.

Die Gesellschaft, die eine Mutter zur Mörderin an ihrem eigenen Kind macht, weil sie nicht das Notwendigste zum Leben hat, diese Gesellschaft bedarf des Todesstoßes, den ihr das Proletariat — unter Führung der Roten Front — geben muß und geben wird.

Zumoh! !! Die Rote Front wird der saulen kapitalistischen Brut die geballte Faust entgegenstrecken, sie wird den Todesstoß geben und das Proletariat befreien.

Verhaftung eines Sittlichkeitsverbrechers. Ein gewisser Wilhelm Wagner von der Schenkerstraße wurde unter dem Verdacht, ein schweres Sittlichkeitsverbrechen im nahen Rothenbach an einem etwa 20 Jahre alten Mädchen verübt zu haben, verhaftet und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert. Man vermutet, daß der Unhold auch die schweren Sittlichkeitsverbrechen, die in diesen Tagen in der näheren Umgebung begangen worden sind, verübt hat.

Töblicher Verkehrsunfall. Der 54-jährige Tischlermeister Fischer aus Seinaun an der Oder, der beim Waldenburger Elektrizitätswerk beschäftigt war, stieß in Ober-Waldenburg mit dem Auto des Waldenburger Landrates zusammen und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Er mußte sofort ins Kreis-Krankenhaus eingeliefert werden, wo er

alsbald seinen schweren Verletzungen erlag. Der Kopf war ihm völlig zertrümmert worden.

Revolutionsfeier in Weisklein

Sonntag, 4. November, im „Deutschen Hause“. Die Breslauer Arbeiterkämpfertruppe „Die Trommler“ bringt eine neue Revue. Massenbesuch wird erwartet.

Oberes Revier

Ein Schläger erster Ordnung sollte am Sonntag die durch Film und Sportliche Vorführungen ausgestattete SPD-Verammlung sein. Einiges Kopfzerbrechen für diese hochwichtige Veranstaltung, wie wir es aus den Plakaten ersehen, mochte die Referentenfrage sein, welcher von den beiden die größte Kavone ist: der Lehrer oder der Landrat a. D. Schick. Letzterer hatte die Ehre, vor den Massen, die nicht erschienen waren, zu sprechen. Er ging in seinen Ausführungen wie die Kacke um den heißen Brei und erzählte nur von der schrecklichen Zeit. Ueber die heutige „goldene“ Zeit zu reden, vermied er recht fleißig. Er überließ es den Anwesenden, darüber nachzudenken. Auf die Frage, wer das Vaterland 1918 gerettet hatte, sagten wir: es waren die Kacke, die das Vaterland der Geldsacke gerettet haben. Welt man, wenn man alt wird, auch vieles vergißt, so sei Schick nur daran erinnert, daß es ja seine Genossen waren, die der Auguste nach Holland das Geld gegeben haben. Zu empfehlen wäre es nur den großen SPD-Kanonen, sich das Material zu verschaffen, wieviel von den „seigen Hund“ von den Roskiben erschossen wurden und wieviel Jahre-Gefängnis die um ihr tägliches Brot kämpfende Arbeiterschaft unter der Glorie Eberls erhalten hat.

Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 4. November, findet die vom Zentralkomitee der Partei angeordnete Reichs-Lotterie statt. Jeder Genosse und jede Genossin hat sich von 9-13 Uhr im Schützenhaus zu melden. Dies gilt auch für die Genossen von Fellhammer, Alt-Pölsig und Ober-Hermendorf. Zur genauen Kontrolle müssen sämtliche Mitgliedsbücher von anderen Organisationen und Vereinen mitgebracht werden. Wir hoffen, daß jeder Folge leistet!

Schweidnitz

Eine falsche Graue Schwester. In Domance, Gohrau und Umgegend sammelte eine ältere Frau in der Tracht der Grauen Schwestern für das Breslauer Elisabeth-Krankenhaus. Man beobachtete, daß sie unterwegs dann die Schwesterntracht ablegte, so daß es sich um eine falsche Schwester gehandelt haben dürfte. Die Betrügerin konnte noch nicht ermittelt werden.

Von der Türkinke eines Eisenbahnzuges erfaßt und schwer verletzt wurde in Königszell beim Öffnen der Zugtüre ein Herr Walter. Er erlitt eine klaffende Wunde über dem rechten Auge.

Niederschlesien

Görlitz

Heute, Freitag alles ins Konzerthaus

DIE TROMMLER :: BRESLAU spielen bei der Revolutionsfeier

Gen. Dombrowski-Breslau hält die Ansprache
Kasseneröffnung 19 Uhr :: Beginn 0 Uhr

Löwenberg

Vom Juge erfaßt. Beim Ueberfahren eines schrankenlosen (!) Bahnüberganges wurde das Pferd des Stellenbesizers Stelzer aus Alkersdorf vom eben passierenden Personenzug erfaßt. Stelzer wurde vom Wagen geschleudert und erlitt schwere Verletzungen am rechten Arm und im Gesicht. Der Wagen wurde mitgeschleift und zertrümmert.

Grünberg

Zwischenfall bei einer Beerdigung. Bei einer Beerdigung in Scherndorf stürzte der eine Sargträger ins offene Grab. Auch der Sarg stürzte nach. Der Sargträger kam ohne ernstern Schaden davon.

Sprottau

Der geheimnisvolle Tod des jungen Rebhuh

Zu unserer Notiz über den Tod des 16-jährigen Sohnes des Ackerkutschers Rebshuh in Neugabel geht uns folgende Mitteilung zu: Der 16-jährige wurde vom Inspektor beauftragt, Kleie zu mahlen. Später kam der „herrschaftliche“ Kutscher und bestimmte, daß er eine andere Arbeit machen solle. Der Junge glaubte, daß er die vom Inspektor angeordnete Arbeit machen müsse, weswegen er und der Kutscher in Streit kamen. Später fand man den Jungen tot auf. Ihm war der Mund voll Kleie geklopft, zudem saßen grüne und blaue Flecke zu sehen gewesen sein, die darauf schließen lassen, daß er heftig geschlagen wurde. Außerdem waren Einbrüche zu sehen, die darauf hindeuteten, daß jemand auf ihm gekniet hat. Nach dem Auffinden der Leiche wurde behauptet, der Junge hätte Selbstmord durch Erhängen verübt. Tatsache aber ist, daß der Junge mit dem Kopf nach unten hing. Am Freitag erfolgte seine Beerdigung. Wenig später traf die Moralkommission ein. Nun soll die Leiche ausgegraben werden.

Wie wir noch weiter erfahren, soll der Kutscher dem Jungen, als er auf den Boden ging, nachgegangen sein. Die Schüttbodenfund war von außen verschlossen, als die Leiche aufgefunden wurde.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dieser geheimnisvolle Todesfall sofort genau untersucht werden muß. Unter der Beobachtung herrscht große Erregung.

Köy als Parlamentarier! Die erste Erwerbslosenversammlung fand am Mittwoch statt. Es wurden 11 Vorschläge zur Wahl des neuen Ausschusses gemacht. Gewählt wurde Köy, der „Rechte“. Im Verlaufe der Versammlung hielt der Leiter des Arbeitsnachweises einen Vortrag über die gesetzlichen Bestimmungen. Dann hielt der „Parlamentarier“ seine „unpolitische“ Einleitungsrede. Darin brachte er sich angefangen zu, daß er aus der SPD. ausgetreten sei, weil er keinen Platz mehr darin hatte, sie sei ihm „zu hart“. Und dann erklärte er, daß man nur auf parlamentarischem Wege

vormärtskomme. Ja, Köy, das einzige, was man dazu sagen kann, ist: Du bist total übergeschnappt! Und wenn Kommunisten dir vorhalten, daß die Roten Frontkämpfer und Parteimitglieder rechtlos gewerkschaftlich organisiert sind, so ist dir das auch nicht recht. Sieh nur einmal hin, was deine „Klassenkampf“-Mitglieder für Taten vollbringen. Denn wenn sozialdemokratische Minister Panzerkreuzer mitbauen helfen, wenn sozialdemokratische Polizeipräsidenten gegen Streikende schießen lassen, wenn in Hamburg ein sozialdemokratischer Polizeipräsident den Kommunisten die Demonstrationen anlässlich der 50. Wiederkehr des Sozialistengesetzes verbietet, so ist das auch Klassenkampf, aber Klassenkampf gegen die Arbeiter, wie er von dem Kapital gar nicht übertroffen werden kann.

Hagnau

Die Polizei rewangiert sich. Der als „Schreden von Hagnau“ bekannte 25 Jahre alte Zimmermann Johann Kramer, der in dem kürzlich in Liegnitz verhandelten Prozeß gegen die Hagnauer Polizeibeamten eine wichtige Rolle spielte, wurde von dem Landtagspräsidenten Bönisch aus Grünau in seinem Geburtsort Bindenau, Kreis Landeshut, ermittelt und in das Ortserrichtungsgefängnis in Landeshut eingeliefert.

Liegnitz

Meineidsprozeß. Vor dem Liegnitzer Schwurgericht begann gestern der im Jahre 1927 bereits durchgeführte Prozeß gegen den Kaufmann und Prokuristen Martin Hoffmann aus Lüben, der wegen Meineids und Urkundenfälschung in Lateinheit mit versuchtem Betrug vom Liegnitzer Schwurgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Seinem Revisionsantrag gab das Reichsgericht wegen eines Formfehlers statt, so daß das Schwurgericht erneut zu verhandeln hat. Außerdem ist der Bruder und er selbst in der jetzigen Neuverhandlung noch wegen Verleitung zum Meineid angeklagt. Die beiden Brüder sollen den bei ihnen angelegten Nachwächter Lorel zum Meineid verleitet haben. Die

heutige Verhandlung brachte eine Reihe von Zeugenvernehmungen und die Gutachten der medizinischen Sachverständigen, die über den Geisteszustand des Angeklagten wegen Meineids zu einem Jahr Zuchthaus verurteilten Urteil auszusagen hatten.

Wegen einigen Säcken Kartoffeln ins Zuchthaus. Der landwirtschaftliche Arbeiter Richard Sturm stahl auf dem Dominium Kreibitz mehrere Säcke Kartoffeln. Vom Amtsgericht Hagnau hatte er ein Jahr Zuchthaus (!) erhalten. Die Liegnitzer Kleine Strafkammer verwarf seine Berufung.

Aus der Partei. Die früheren Mitglieder Agnes Pape und Bruno Heinke, beide aus Weisklein, sind nicht mehr Mitglieder. Die Mitgliedsbücher sind ihnen gegebenenfalls abzunehmen.

Glogau

Borgesächtlicher Fund. In Boyadel fand man in der Ober einen gut erhaltenen Einbaum. Er dürfte der jüngeren Germanenzeit angehören und etwa 1000 bis 1500 Jahre alt sein.

Aus dem Riesengebirge

Ein Reichwehrgesoldat niedergeschossen. In Nieder-Krummhübel, auf der nach Schmiedeburg führenden Chaussee, wurde am Sonntag der Obergefreite Heinz Hermann vom Infanterie-Regiment 8 aus Frankfurt a. d. O. angeschossen. Hermann, der 27 Jahre alt ist, befand sich auf dem Heimwege, als ihn plötzlich ein Schuß traf. Hermanns Verletzungen waren so schwer, daß er sich nur noch bis zur Stelle schleppen konnte, wo seine Hilferufe gehört wurden. Ein Arzt stellte fest, daß Hermann einen Durchschuß durch Leber und Niere erhalten hatte. Er wurde in das Krankenhaus nach Arnsdorf transportiert. Dort liegt er schwer verletzt danieder. Er schwebt im Lebensgefahr. In Verdadacht kommen zwei Männer auf einem Motorrad, die in der Richtung nach Schmiedeburg weitergefahren sind.

Die neue Seilbahn in Betrieb. Am Dienstag ist die von Johannisbad auf den Schwarzen Berg führende Seilbahn in Betrieb. Der Bau wurde bekanntlich von tschechischem Militär ausgeführt. Das Tragseil wiegt allein 37 000 Kilogramm.

Die Korruptionsaffäre des Oberbürgermeisters Finte-Grünberg

(Fortsetzung)

Die der Magistratsrat Dampel befehlet, ist dies nicht wahr. Zwar hatte man am Morgen des Tages, an dem der Aufsichtsrat der „Eltwie“ die 2000 Mark zu zahlen beschloß, im Magistrat die Befürchtung gehegt, daß der Aufsichtsrat der „Eltwie“ nicht beschlußfähig sein werde, weil ein Magistratsmitglied aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Darum hatte der Magistrat ein neues Magistratsmitglied in den Aufsichtsrat kommittiert. Diese Befürchtung war aber, wie es sich bei der Sitzung des Aufsichtsrats herausstellte, unbegründet, da alle Aufsichtsratsmitglieder erschienen waren, so daß das neue kommittierte Mitglied in keiner Weise für den Beschluß ausschlaggebend war. Einige Stadtverordnete sind dann an den Oberbürgermeister herantreten, um ihn zu veranlassen, die 2000 Mark zurückzahlen. Es wird behauptet, Oberbürgermeister Finte habe einigen Stadtverordneten die Rückzahlung auch versprochen.

Oberbürgermeister Finte behauptet, er habe sich von Anfang an getraut, das Geld zurückzahlen, wohl aber erklärt, er würde für einen bestimmten Zweck einen ähnlichen Betrag zur Verfügung stellen, falls dann davon ein der Dessenlichkeit nicht mehr gesprochen werde (!). Diese Bedingung sei nicht erfüllt. Auch der jetzige Oberbürgermeister habe ihm im Juli 1927 in Eigenach bei einer Besprechung gesagt, er solle nicht zurückzahlen. Ob nachträglich seitens des Oberbürgermeisters Finte Stundungsgewährung bei der Stadt Grünberg oder bei einigen Stadtverordneten bezüglich Rückzahlung der 2000 Mark eingereicht sind, ließ sich nicht feststellen, da die Stadt Grünberg und die hierüber befragten Stadtverordneten keine Auskunft erteilt haben. Der Stadtrat Dampel bestätigt, daß Oberbürgermeister Finte sich zunächst getraut habe, die 2000 Mark zurückzahlen, daß Oberbürgermeister Finte sich dann aber gelegent-

lich einer Besprechung einigen Stadtverordneten gegenüber zur Rückzahlung bereit erklärt habe; ihm (Dampel) schwebte zwar vor, daß Oberbürgermeister Finte dieses Rückzahlungsversprechen von der obengenannten Bedingung abhängig gemacht haben könnte, er erinnere sich aber nicht bestimmt. Kaiser bestätigt die Angaben des Oberbürgermeisters Finte.

2. Während der Amtszeit des Oberbürgermeisters Finte in Grünberg trat die „Eltwie“ mit der M. E. W. in ein Gesellschaftsverhältnis zum Bezuge der elektrischen Kraft. Dem Oberbürgermeister Finte wurde im Jahre 1926, als er noch Oberbürgermeister in Grünberg war, seitens der oppositionellen Stadtverordneten der Vorwurf gemacht:

a) Oberbürgermeister Finte habe bei dem Vertragsabschluss nicht die nötige Sorgfalt angewandt, die Stadt Grünberg dem M. E. W. gegenüber früher gebunden, bevor die Zulage des M. E. W. in verbindlicher Form seitens des M. E. W. vorgelegt habe; b) Oberbürgermeister Finte habe zuungunsten der Stadt Grünberg das günstige Angebot der M. E. W. abgelehnt, um mit dem M. E. W. abzuschließen zu können.

Oberbürgermeister Finte hat auf Grund dieser Vorwürfe im Jahre 1926 das Disziplinarverfahren gegen sich beim Regierungspräsidenten beantragt. Das Stadtverordnetenkollegium in Grünberg hat zur Prüfung dieser Angelegenheiten einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Der Untersuchungsausschuß hat seine Tätigkeit eingestellt, weil nichts Besonderes zutage gefördert worden ist. Der Regierungspräsident hat die Einleitung des Disziplinarverfahrens abgelehnt, weil keine Veranlassung gegeben war. Auf ausdrückliches Verlangen haben die Vertreter Grünbergs zugeben müssen, daß seit dieser Zeit keine neuen Tatsachen, die die obigen Vorwürfe gegen Oberbürgermeister Finte rechtfertigen könnten, nicht ermittelt seien.

(Fortsetzung folgt.)